

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|----|--|-----------|
| 1 | | |
| 2 | | |
| 3 | | |
| 4 | | Seiten |
| 5 | | |
| 6 | Leitantrag „Zeit für Neues: DIE LINKE. Sachsen-Anhalt – | |
| 7 | sozial gerecht, demokratisch, antifaschistisch! | 2 bis 21 |
| 8 | | |
| 9 | Haushaltspolitischer Antrag | 22 bis 33 |
| 10 | | |
| 11 | Antrag zur Bestätigung der Kreisverbandsstruktur | 34 bis 35 |
| 12 | | |
| 13 | Antrag zur Zusammensetzung der Mitglieder mit beratender | |
| 14 | Stimme für den Landesausschuss | 36 |
| 15 | | |
| 16 | Bericht des Landesvorstandes | 37 bis 44 |
| 17 | | |
| 18 | Bericht der Landesschiedskommission | 45 bis 46 |
| 19 | | |
| 20 | Bericht der Landesfinanzrevisionskommission | 47 bis 48 |
| 21 | | |
| 22 | Bericht des Landesparteirates | 49 bis 51 |
| 23 | | |
| 24 | | |
| 25 | | |
| 26 | | |
| 27 | | |
| 28 | | |
| 29 | | |
| 30 | | |
| 31 | | |
| 32 | | |
| 33 | | |
| 34 | | |
| 35 | | |
| 36 | | |
| 37 | | |
| 38 | | |
| 39 | | |
| 40 | | |
| 41 | | |
| 42 | | |
| 43 | | |
| 44 | | |

47

48

Leitantrag

49

an den

50

1. Landesparteitag der Partei DIE LINKE. Landesverband Sachsen-Anhalt

51

vom 14. bis 16. September 2007 in Magdeburg

52

Zeit für Neues: DIE LINKE. Sachsen-Anhalt –

53

sozial gerecht, demokratisch, antifaschistisch!

54

55

DIE LINKE in Sachsen-Anhalt gründet sich auf den Erfahrungen der Partei des demokratischen Sozialismus und der Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit. Wir, die Mitglieder beider ehemaliger Parteien, haben uns zusammengefunden, um in einer neuen gemeinsamen Partei DIE LINKE Kräfte zu bündeln im Ringen um gesellschaftliche Veränderung, um Demokratie und soziale Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Frieden.

61

Die Ideen des demokratischen Sozialismus stellen für uns zentrale Leitvorstellungen für die Entwicklung unserer politischen Ziele dar, mehr noch: Für uns ist demokratischer Sozialismus Ziel, Weg und Wertesystem gleichermaßen. Freiheit und soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Sicherheit gehören für uns untrennbar zusammen, sie bedingen einander.

66

Es bleibt unser Ziel, den Kapitalismus in einem transformatorischen Prozess zu überwinden. Dies beginnt für uns im Hier und Jetzt. Wir, DIE LINKE in Sachsen-Anhalt, wissen um die gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse. Sie sind für uns als parlamentarische wie außerparlamentarische Kraft der Ansatzpunkt realer Veränderungsprozesse. Für DIE LINKE in Sachsen-Anhalt bilden Widerstand und Protest, der Anspruch auf Mit- und Umgestaltung sowie über den Kapitalismus hinaus weisende Alternativen ein strategisches Dreieck.

73

Wir sehen uns als LINKE Herausforderungen gegenüber, objektiven Gegebenheiten und Entwicklungen, die wir nicht leugnen, sondern auf die es zu reagieren gilt:

75

Globalisierung, technologische Entwicklung, Auflösung alter sozialer Milieus, Ver-

76

netzung und Komplexität moderner Gesellschaften, demografischer Wandel oder die

77

Entwicklung der Produktivkräfte. Diese Herausforderungen nehmen wir ernst und wir

78

nehmen sie an.

79 Auch in Sachsen-Anhalt sind die Folgen dieser Entwicklungen spürbar – für viele
80 Bürgerinnen und Bürger sind sie nicht zuletzt durch Entscheidungen der politischen
81 Mehrheiten in Land und Bund oder auf internationaler Ebene mit tiefen persönlichen
82 und sozialen Einschnitten verbunden. DIE LINKE muss darum immer wieder deutlich
83 machen, wie dringend notwendig und möglich politische Alternativen sind.
84 Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe, soziale Gerechtigkeit, Demokratie
85 und Bürgerrechte stehen dabei für uns im Mittelpunkt.

86 Wir wollen als LINKE unsere tagtäglichen politischen Entscheidungen mit einer ganz-
87 heitlichen Strategie für unser Land verbinden. Die fortschreitende soziale und kultu-
88 relle Spaltung unseres Landes und die damit verbundene Entfremdung von Politik
89 einerseits und Bürgerinnen und Bürgern andererseits stellen uns insgesamt vor große
90 Herausforderungen. Wir wollen eine eigenständige und selbst tragende Perspektive für
91 Sachsen-Anhalt formulieren, die die Zielfunktion politischer Entscheidungen neu defi-
92 niert, unser Verständnis über Aufgabe und Rolle des Staates kenntlich macht und
93 gewährleistet, dass die Menschen in Sachsen-Anhalt stärker als bisher selbst zum
94 Träger dieser Entwicklung werden können. Mit der Studie der Landtagsfraktion
95 „Sachsen-Anhalt 2020 - Innovation und soziale Gestaltung für ein zukunftsfähiges
96 Sachsen-Anhalt“ aus dem Jahr 2005 wurde dafür ein umfassendes Konzept formuliert.

97 Für unsere politischen Forderungen und Konzepte suchen wir Bündnispartner inner-
98 halb und außerhalb der Parlamente. Die Erfahrungen von Linkspartei.PDS und WASG
99 zeigen, wie wichtig dies für eine wirkungsmächtige LINKE war und ist.

100

101

DIE LINKE als Teil einer Bürgerrechtsbewegung!

102 Die LINKE gestaltet Politik als parlamentarischer und außerparlamentarischer Akteur
103 in der Bundesrepublik. Die Mitglieder der LINKEN sind erfahren in den gesellschaft-
104 lichen Auseinandersetzungen in Verbänden, Gewerkschaften, Initiativen und in den
105 Parlamenten. Unser Protest gilt den Zumutungen einer kapitalistischen Gesellschaft.
106 Unser Gestaltungsanspruch einer Politik der sozialen Gerechtigkeit misst sich an den
107 Erwartungen und Lebenslagen von Menschen in ihrem konkreten Alltag. Ohne die
108 Kritik am Bestehenden und den Einsatz für die sozialen und politischen Rechte des
109 Einzelnen ist der Entwurf einer Gesellschaft von morgen nicht denkbar. Das strate-
110 gische Dreieck beschreibt die Politik einer sozialistischen Partei unter kapitalistischen
111 Verhältnissen. Der Weg des demokratischen Sozialismus gibt bereits vor, dass wir
112 diese Vorstellungen nur in einem von Mehrheiten getragenen Prozess entwickeln
113 können. Die Gestaltung dieser und der nächsten Form unseres Zusammenlebens
114 hängt zusammen, die Zukunft ist ein offener Prozess. Eine Linke, die sich in Heilsver-
115 sprechen an die Zukunft und im Zynismus der Gegenwart verliert, macht sich über-
116 flüssig in den derzeitigen Verhältnissen.

117 Ohne demokratische Prinzipien, die Orientierung auf Beteiligung vieler, verbunden mit
118 dem Schutz und dem Interesse des Einzelnen, ist eine demokratische Linke für uns
119 nicht akzeptabel. Die Geschichte des Realsozialismus, der Freiheit mit Verweis auf
120 Gleichheit aufhob, ist eine Hypothek der Linken.

121 Die Linkspartei.PDS als Teil der neuen LINKEN war geprägt vom Gründungskonsens
122 aus dem Jahre 1989. Inhalt dieses Gründungskonsenses war der unwiderrufliche
123 Bruch mit dem Stalinismus und dem Poststalinismus. Dessen geistige Überwindung
124 und die des darauf basierenden real existierenden Staatssozialismus waren und sind
125 ein unumkehrbarer Akt der Emanzipation unserer Partei.

126 ▪ Wir setzen uns als Ziel eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung einer
127 und eines jeden die Bedingung der freien Entwicklung aller ist.
128 Sozialismus ist für uns eine Bewegung gegen Ausbeutung, patriarchale
129 Unterdrückung, Diskriminierung, Plünderung der Natur, für die Durch-
130 setzung der Menschenrechte, für eine Gesellschaft, in der Bürgerinnen
131 und Bürger ihre Angelegenheiten demokratisch regeln. Menschenrechte
132 sind für uns unteilbar.

133 ▪ DIE LINKE setzt sich für die Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern
134 und Generationen ein. Die Prinzipien innerparteilicher Demokratie und
135 eines zentralen Basisgedankens gelten für uns als demokratische
136 Sozialistinnen und Sozialisten.

137 Eine demokratische LINKE muss eine Bürgerrechtspartei sein. Spätestens mit den
138 massiven Einschränkungen von Grund- und Freiheitsrechten um den G8-Gipfel im Juni
139 dieses Jahres ist die öffentliche und veröffentlichte Meinung sensibilisiert für die Ent-
140 wicklungen in der bundesdeutschen und europäischen Innen- und Sicherheitspolitik.
141 Die weit reichende Suspendierung von Grundrechten wie der Versammlungsfreiheit,
142 der Ausforschung und Durchsuchung von Demonstrantinnen und Demonstranten im
143 Vorfeld des Gipfels und die hysterischen Rufe nach schärferen Sicherheitsmaßnahmen
144 muss Anknüpfungspunkt für Kritik einer linken, demokratischen und sozialistischen
145 Partei sein. Dabei gilt es den Zusammenhang und eine Gesamtschau der innenpoli-
146 tischen Maßnahmen der letzten Jahre vorzunehmen, um die Auswirkungen des soge-
147 nannten „Kampf gegen den internationalen Terrorismus“ und der Militarisierung des
148 Staates nach innen greifbar sowie die Dimension des Abbaus von demokratischen
149 Grund- und Freiheitsrechten kenntlich zu machen.

150 Alle anderen politischen Parteien, ob im Landtag Sachsen-Anhalt oder im Bundestag,
151 haben sich sowohl in ihrer Oppositions- als auch Regierungsrolle in den zurückliegen-
152 den zehn Jahren nicht nur sozialpolitisch, sondern auch innenpolitisch diskreditiert.
153 Die verfehlte Sozialpolitik unter rot-grün oder schwarz-rot im Bund wie im Land führt
154 zu einem weiteren Abbau von Bürgerrechten für sozial Schwache. Heute gilt mehr
155 denn je: Die Wahrnehmung von Bürgerrechten ist zu einer Frage des Geldbeutels
156 geworden.

157 DIE LINKE beginnt in ihrem Kampf für soziale und politische Rechte nicht bei Null. Die
158 PDS hatte eine lange Tradition in der Thematisierung und Lösung dieser Fragen. Ihr
159 Motto „Freiheit und Gerechtigkeit“ nimmt für uns weiterhin einen hohen Stellenwert
160 ein. Denn gerade die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte verpflichtet uns,
161 das eine Recht nicht anders zu gewichten als das andere.

162 ▪ DIE LINKE hat einen anderen, einen sozialen, friedens- und umweltpoli-
163 tischen Sicherheitsbegriff, der nachhaltig an den Ursachen und Bedin-
164 gungen von Terror, Gewalt und Kriminalität ansetzt.

165 ▪ DIE LINKE muss Teil einer neuen Bürgerrechtsbewegung in diesem Land
166 werden. Kernaufgabe dieser Bewegung wird es sein, den von konserva-
167 tiver und sozialdemokratischer Seite skizzierten Sicherheitsbegriff zu
168 bekämpfen und gleichzeitig eigene Lösungsansätze in die parlamenta-
169 rische und außerparlamentarische Debatte hineinzutragen. Eine solche
170 neue Bürgerrechtsbewegung kann auf vielfältige Erfahrungen in der
171 Geschichte zurückgreifen, um Bewegungsmechanismen in der Innen-
172 politik besser zu erfassen, Lehren zu ziehen und Änderungen in linker
173 Politik gegebenenfalls vorzunehmen.

174

175 **Für eine offene und tolerante Gesellschaft –**
176 **Faschismus entgegentreten, überall!**

177 Eine antifaschistische Grundhaltung ist unverrückbarer Bestandteil unserer Politik.
178 Menschenrechte sind unteilbar, die unantastbare Würde und gleiche Rechte gelten für
179 jeden Mensch gleich welchen Geschlechtes, welcher Herkunft und Lebensweise. DIE
180 LINKE kämpft gegen jede Form der Diskriminierung und Gewalt. Sachsen-Anhalt ist
181 das Bundesland mit dem statistisch im Verhältnis zur Einwohnerzahl höchsten Risiko,
182 Opfer rechter Übergriffe zu werden. Gewaltbereite, in unterschiedlichem Maß ideologi-
183 sierte junge Neonazis sind eine Bedrohung für alle Menschen, die nicht in ihr begrenzt-
184 es Weltbild passen oder sich ihnen entgegenstellen. In manchen Regionen, nicht nur
185 in den neuen Bundesländern, hat sich über viele Jahre eine rechte Jugendkultur mani-
186 festiert, die Politik und kulturelle Ausdrucksmöglichkeiten verbindet. Dieses Potenzial
187 wurde in der jüngsten Vergangenheit auch von rechtsextremen Parteien erkannt,
188 wechselseitig profitieren im Moment die parteiförmig organisierte Rechte und die
189 militanten und neonazistischen (Jugend)Strukturen voneinander. Auch deshalb hatte
190 sich die Zahl rechter Kandidaten im Vergleich zu den vorhergehenden Kommunal-
191 wahlen im April 2007 vervielfacht.

192 ▪ Die neue LINKE nimmt rechtsextreme Bedrohungen für Gemeinleben und
193 Demokratie ernst und ist zuverlässiger Ansprechpartner für antifaschis-
194 tisch Engagierte. Die PDS war vom Beginn ihres Bestehens an Initiator
195 und Mitglied von kommunalen und landesweiten Bündnissen gegen

196 Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Antifaschistisches
197 Engagement beginnt damit, sich nicht abzufinden mit dem rechten
198 Agieren vor Ort, beginnt mit dem Protest gegen rechte Aufmärsche und
199 Konzerte. Wir solidarisieren uns mit den Opfern und den potenziellen
200 Opfergruppen. Dabei problematisieren wir offene Gewalt neonazistischer
201 Banden ebenso wie die Demütigungen und die Benachteiligungen von
202 Asylsuchenden, Flüchtlingen und sozialen Randgruppen in vielen
203 deutschen Amtsstuben.

204 Wir wissen um die Zusammenhänge von strukturellen Diskriminierungen und Vorur-
205 teilen in großen Teilen der Bevölkerung und den Wahlerfolgen rechtsextremer Par-
206 teien, die eigentlich eine geringe Mitgliederzahl aufweisen. Dies macht die Heraus-
207 forderung, den Menschen Vertrauen in die Politik (wieder) zu vermitteln und rechte
208 Wahlerfolge nach Möglichkeit zu verhindern, nicht nur für DIE LINKE umso größer.
209 Antifaschismus ist Engagement für den Menschen, Rechtsextremismus richtet sich
210 gegen Menschen. Dies deutlich zu machen, die rassistische Verachtung und Unter-
211 teilung von Rechten und Zugeständnissen rechtsextremer Politikangebote zurückzu-
212 weisen, ist Aufgabe der LINKEN und aller demokratischer Akteure. Die antikapitalis-
213 tische Rhetorik aktueller rechtsextremer Kampagnen ist für uns besondere Heraus-
214 forderung im Unterbreiten demokratischer Alternativen für die Menschen.
215 Unterschiedliche Einschätzungen gibt es in der LINKEN zur Wirksamkeit des Verbotes
216 von Parteien. Vor allem kann rechte Gewalt, die in ihrer brutalsten Form oft unorgani-
217 siert ausbricht, damit nicht wirksam bekämpft werden. Einig sind wir uns jedoch darin,
218 dass ein Verbot als alleiniges Mittel nicht ausreicht, um die Gefahr des Rechts-
219 extremismus zu bannen. Unbedingte Voraussetzung bleibt allerdings der Abzug aller
220 V-Leute, um einen Verbotsantrag juristisch nicht zu gefährden.

221 ▪ Es bedarf eines komplexen Ansatzes, humanistische Werte und eine
222 demokratische Anerkennungskultur in der Schule, der Familie, im Betrieb
223 oder der Kommune zu verankern. Das Landesprogramm gegen Rechts-
224 extremismus der Landtagsfraktion der LINKEN vom Anfang dieses Jahres
225 hat diese Aufgaben umfassend beschrieben. Für uns ist das Problem ein
226 umfassend gesellschaftliches, deshalb müssen Gegenmaßnahmen als
227 politische Querschnittsaufgabe verstanden werden, müssen auf das
228 Individuum ebenso abzielen wie auf die sozialen und politischen Verhält-
229 nisse. Wir setzen sowohl auf frühkindliche und schulische Pädagogik und
230 Bildung, die Empathie- und Toleranzfähigkeit fördert. Wir fördern bürger-
231 schaftliches Engagement durch direkte und partizipative Demokratie, die
232 sich zum Beispiel mit dem Konzept des Bürgerhaushaltes verknüpft.
233 Menschen jeden Alters brauchen Perspektiven, DIE LINKE steht mit ihrer
234 bildungs-, beschäftigungs- und sozialpolitischen Betonung für die dafür
235 notwendigen Rahmenbedingungen. Wir brauchen bürgerschaftliches
236 Engagement von Genossinnen und Genossen mit und in Gewerkschaften,
237 Initiativen, Vereinen, Verbänden und den Kirchen, denn ohne die alltäg-
238 liche Auseinandersetzung vor Ort verpuffen politische und mediale

239 Kampagnen gegen Rechtsextremismus. Diesen Aufgaben stellen wir uns
240 in der täglichen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und
241 Fremdenfeindlichkeit.

242 Die Arbeit gegen den erstarkenden Rechtsextremismus erfordert nicht nur Partei-
243 lichkeit sondern auch Fachlichkeit. Die PDS hatte einen wesentlichen Anteil an der
244 Konstituierung und Etablierung der politischen und pädagogischen Beratung des
245 Vereins Miteinander - Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt
246 e.V. in den Jahren 1999 und 2000. Wir begrüßen, dass endlich auch in unserem
247 Bundesland der schrittweise Ausbau der dringend benötigten Opferberatungen
248 möglich ist sowie Mobile Beratungsteams gebildet werden. Nach Regierungshandeln
249 in der vergangenen Legislatur, das eher an ideologische Grabenkämpfe erinnerte als
250 an sachorientiertes Engagement, gibt es nun endlich wieder eine Verantwortungs-
251 übernahme durch das Land. Die ersten Schritte hin zu verstärkter (Erwachsenen)-
252 Bildung und Weiterbildung auch landesbehördlicher Mitarbeiter sind folgerichtig im
253 Klima wachsender Vorurteile und gesteigener Gewalt.

254 ▪ DIE LINKE bleibt bei der Forderung nach finanzieller und politischer
255 Unterstützung für ehren- und hauptamtliches Engagement gegen rechts
256 durch eine breite Vereins- und Initiativlandschaft.

257 Unsere antifaschistische Grundüberzeugung ergibt sich auch aus der Geschichte der
258 europäischen Linken und den antifaschistischen Traditionen der Arbeiterbewegung.
259 Viele Genossinnen und Genossen der LINKEN haben selbst lebens- oder familienge-
260 schichtliche Erfahrungen mit dem Terror der Nationalsozialisten. Die Opfer antisemi-
261 tischer Vernichtung, des nationalsozialistischen Terrorapparates und des deutschen
262 Angriffskrieges sind uns mahnende Verpflichtung, revanchistischen, rassistischen und
263 autoritären Ideologien entgegenzutreten. DIE LINKE, ihre Basisgruppen, Arbeitsge-
264 meinschaften und Fraktionen, der Bildungsverein und der Jugendverband setzen sich
265 ein für eine antifaschistische Gedenkkultur, die als Brücke zwischen Generationen
266 wirkt. Diese ehrt die Opfer faschistischer Gewalt und setzt sich für den Erhalt histo-
267 rischer Gedenkort ein. Dazu gehört historisch-politische Bildung, die sich an den
268 Ansprüchen der Aufklärung, des kritischen Denkens und der offenen und toleranten
269 Gesellschaft misst.

270

271 **Für ein Europa der sozialen, wirtschaftlichen**
272 **und ökologischen Nachhaltigkeit!**

273 Globale Herausforderungen wie Klimawandel, Armut, Kriege in neuer Gestalt und
274 Finanzkrisen sind in den nächsten Jahrzehnten zu bewältigen. Die Antworten der
275 herrschenden Politik darauf sind nur Appelle und die Wiederholung der Thatcher'schen
276 Feststellung „Es gibt keine Alternative.“. Das haben die Regierungen der G8 in
277 Heiligendamm deutlich demonstriert.

278 ▪ DIE LINKE hält es für dringend notwendig, dass der Prozess der Globali-
279 sierung anders gestaltet werden muss: sozial, demokratisch, ökologisch,
280 antipatriarchal und friedlich. Das bedeutet, dass es nicht ausreicht, nur
281 Kommunalpolitik oder nationalstaatliche Politik demokratisch zu verän-
282 dern. Nein, alle politischen Handlungsmöglichkeiten müssen ausge-
283 schöpft werden, um auf allen Ebenen, global, europäisch, national und
284 regional, für eine Gesellschaft zu wirken, in der jede und jeder selbst-
285 bestimmt in Würde und solidarisch miteinander leben kann.

286 Damit haben wir bereits hier und heute begonnen. Und doch stehen wir noch am
287 Anfang. Wir sind auf der Suche nach neuen Lösungsansätzen, die diesen Heraus-
288 forderungen entsprechen. Über den klassischen Wohlfahrtsstaat der 60er und 70er
289 Jahre ist die Zeit hinweg gegangen. Der Wandel von der klassischen Industriegesell-
290 schaft hin zu einer wissensbasierten Produktion hat zur massenhaften Freisetzung der
291 Ware Arbeitskraft ebenso beigetragen wie die Ausweitung des Welthandels, die Ent-
292 wicklung globaler Finanzmärkte und die Zunahme von Migrationsbewegungen. Die
293 internationale Arbeitsteilung und die Herausbildung eines internationalen Arbeits-
294 marktes erfordern ein völlig neues Herangehen der Gewerkschaften, der sozialen
295 Bewegungen wie auch der linken Parteien.

296 Die Bildung der Partei der Europäischen Linken war ein erster Schritt. Nun aber muss
297 sie auf internationaler Ebene Vorstellungen, Konzepte und Visionen der europäischen
298 Linken sichtbar machen und für sie werben. Europa ist für die meisten Bürgerinnen
299 und Bürger weit weg und wird meist negativ erfahren. Die Angst vor den Risiken ist
300 nach wie vor groß.

301 ▪ DIE LINKE in Sachsen-Anhalt bekennt sich ausdrücklich zum europä-
302 ischen Integrationsprozess. Allerdings wird eine Europäische Union als
303 reine Freihandelszone, die bei vielen Menschen Ängste weckt und reale
304 Verschlechterung ihrer Lebenssituationen mit sich bringt, zunehmend zu
305 einer Gefahr für ein gemeinsames Europa. Die Volksentscheide in Frank-
306 reich und den Niederlanden oder der eingesetzte Renationalisierungstrend
307 bei mehreren Mitgliedern der EU belegen dies. Darum liegt die
308 Zukunft der EU für uns LINKE vor allem in ihrer politischen und sozialen
309 Integrationsfunktion, in ihrem Ringen um Frieden und soziale, wirtschaft-
310 liche und ökologische Nachhaltigkeit. Davon ist die EU teilweise noch
311 weit entfernt, umso mehr streiten wir dafür.

312 So sind Maßnahmen gegen Steuer-, Umwelt-, Sozial- und Lohndumping dringend
313 notwendig. Dazu gehört z.B. die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes in der
314 Bundesrepublik. Was in anderen EU-Ländern möglich ist, muss doch auch bei uns
315 funktionieren. Der vermeintlichen Logik des Wettbewerbs um die niedrigsten Unter-
316 nehmensteuern, an dem sich die Bundesregierung mit der für 2008 geplanten
317 Unternehmensteuerreform beteiligt, muss schnellstens ein Ende gesetzt werden. Die
318 Kluft zwischen armen und reichen Ländern und Regionen in der EU der 27 wird

319 ansonsten noch größer. Es muss Schluss gemacht werden mit einer Politik, die global,
320 europäisch und regional nur ein Ziel kennt: Gewinne zu privatisieren, Verluste den
321 betroffenen Gesellschaften aufzubürden, Sozialstaatlichkeit abzubauen und verant-
322 wortliches staatliches Handeln zu diskreditieren.

323

324 **Für ein wirtschafts- und energiepolitisches Umsteuern –**
325 **Zukunft durch Innovation!**

326 Eine der Grundforderungen unseres alternativen gesellschaftspolitischen Ansatzes ist
327 es, die Dominanz der Kapitalverwertung über Wirtschaft und Gesellschaft zu brechen.
328 Dazu ist es aus unserer Sicht notwendig, Wirtschaft vor allem auch am Kriterium der
329 sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit zu messen.

330 Alternative Wirtschaftspolitik soll auf „ein starkes Gewicht sozialstaatlicher Politik
331 anstelle von deren Unterordnung unter Marktzwänge“ zielen. Unter neuen Bedin-
332 gungen müssen Mitbestimmungsrechte zur Anwendung kommen, gewerkschaftliche
333 Gegenmacht unter aktiverer Beteiligung der Betroffenen muss zu neuer Durchset-
334 zungskraft finden. Staatliche Regelung hat die Funktion, egoistischen Interessen
335 entgegenzuwirken. Dazu gehört auch eine Besteuerung nach wirtschaftlicher
336 Leistungsfähigkeit, anstelle der durch die Große Koalition konsequent fortgesetzten
337 Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben. Nicht zuletzt
338 darum steht DIE LINKE vor dem Problem, dass die neoliberale Einnahmepolitik heute
339 den Rahmen für die Politik setzt.

340 Unsere wirtschaftspolitischen Vorstellungen setzen aber auch auf unternehmerische
341 Gewinninteressen als wesentlich für betriebswirtschaftliche Effizienz und Innova-
342 tionen. Die angestrebte sozial-ökologische Rahmensetzung für Marktmechanismen
343 soll verhindern, dass private Unternehmerinteressen zu volkswirtschaftlich, sozial und
344 ökologisch verlustreichen Fehlentwicklungen führen.

345 Kommunale Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik ist für viele Kommunen ein
346 wichtiges Standbein zur Sicherung der Daseinsvorsorge und zum Erhalt von Arbeits-
347 plätzen in der Region. Kommunale Unternehmen sollen im Wettbewerb mit privaten
348 weder Benachteiligung noch besondere Vorteile erfahren, sondern gleichberechtigt am
349 Markt agieren.

350

- Linke Wirtschaftspolitik ist darauf zu richten, die öffentliche Auftragsver-
351 gabe mit dem Ziel einer verstärkten Kooperation kommunaler und privater
352 Unternehmen zur nachhaltigen Entwicklung von regionalen Wirtschafts-
353 kreisläufen zu qualifizieren. Wichtige Träger dieser Prozesse sind die
354 Sparkassen der Kreise und kreisfreien Städte. DIE LINKE wird sich für
355 ihren Erhalt und ihre Regionalisierung einsetzen.

356 Öffentlich geförderte Beschäftigung in autonomen Wirtschaftsunternehmen und –pro-
357 jekten zwischen Privatwirtschaft und Staat bleibt ein von der LINKEN vertretenes
358 Projekt. Öffentlich geförderte Beschäftigung kann in besonderem Maße Raum bieten

359 für die Entfaltung von Selbstbestimmung, Geschlechtergerechtigkeit, für die Förderung
360 Benachteiligter, für soziale Integration und Qualifizierung. In der Kooperation mit
361 Privatunternehmen und staatlichen Verwaltungen bietet öffentlich geförderte Beschäf-
362 tigung Potenzen für nachhaltige Regionalentwicklung, für die Erschließung neuer
363 Arbeitsfelder und für sozial gesicherte Kombinationen von Erwerbsarbeit, Eigenarbeit
364 und Ehrenamt.

365 ▪ DIE LINKE tritt dafür ein, dass Langzeitarbeitslose das Geld, das sie als
366 Arbeitslosengeld II zuzüglich der Kosten der Unterkunft und als Zuver-
367 dienst aus "Ein-Euro-Jobs" als Nettolohn erhalten, also als Arbeitnehmer
368 mit Arbeitsvertrag, ausgezahlt bekommen. So können die Zwänge und
369 Demütigungen, die ihnen Hartz IV sonst zumutet, vermieden werden.
370 Zudem können mit diesen Geldern und gegebenenfalls durch ihre
371 Kombination mit anderen Fonds reguläre, versicherungspflichtige und
372 Existenz sichernde zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden – und
373 zwar dort, wo für die Privatwirtschaft Dienstleistungen für Einzelne oder
374 für das Gemeinwesen nicht rentabel sind. DIE LINKE. Berlin zeigt gerade,
375 das dies nicht nur sinnvoll, sondern auch machbar ist. Ein Abbau regulärer
376 Beschäftigung im öffentlichen Sektor und eine Beeinträchtigung der
377 Privatwirtschaft wollen wir vermeiden.

378 Ein Zurück zur Massenproduktion mit hohen Beschäftigungszahlen wird es nicht
379 geben. Die Zukunft liegt auch in Sachsen-Anhalt in innovativen Technologien wie hier-
380 zulande beispielsweise der Nutzung erneuerbarer Energieformen, Technologien zur
381 Senkung des Energieverbrauchs, biotechnologischen Innovationen sowie der Nano-
382 technologie und anderen modernen Bereichen der Werkstofftechnik. Hier gibt es
383 ausbaufähige Traditionen und Potenziale. Dabei ist eine wirksame gesellschaftliche
384 Einflussnahme auf die und Kontrolle der Technologieentwicklung, vor allem aber eine
385 deutlich bessere Technologieförderung in der gesamten Kette von der Grundlagen-
386 forschung, über die angewandte Forschung, bis hin zur Produktion notwendig. Das hat
387 aber weitgreifende Konsequenzen auch für Bereiche wie Beschäftigung und Bildung.
388 Hier sind wir als LINKE gefordert, diese Konsequenzen programmatisch mit zu denken.

389 ▪ Linke Wirtschaftspolitik heute braucht auch Visionen jenseits der Eigen-
390 tumsfragen. Ein Kernpunkt dabei ist der grundlegende Wandel des
391 Charakters der Produktivkräfte hin zu einer wissensbasierten Produktion.

392 ▪ Aufgabe der Wirtschaftspolitik muss es sein, die einheimischen Unter-
393 nehmen auf zukunftsfähiger Grundlage zu stabilisieren und mit einer
394 gezielten Strukturpolitik als Fundament für eine künftige innovations-
395 getragene Entwicklung zu unterstützen. Dazu gehören die bessere
396 Kapitalausstattung junger und innovativer kleiner und mittlerer Unter-
397 nehmen und Hilfestellungen bei konkreten Vorhaben, wie z.B. zur
398 Erschließung neuer Märkte. Existenzgründungen in neuen, zukunfts-
399 fähigen Arbeitsfeldern brauchen eine verlässliche Grundlage.

400 Ein System, das nur auf Mehrverbrauch, Umsatz- und Gewinnsteigerung orientiert, ist
401 nicht zukunftsfähig. Eine ökologische Erneuerung ist für uns nur in der Gleichwertig-

402 keit von Ökologie, Ökonomie und sozialer Gerechtigkeit möglich. Eine Wende im
403 Klimaschutz und in der Energiepolitik sind nur zwei Herausforderungen, denen wir uns
404 stellen müssen.

405 Energie soll für alle finanzierbar zur Verfügung stehen, gleichzeitig soll der Anteil
406 erneuerbarer Energie am Gesamtaufkommen steigen. Eine stabile Energieversorgung
407 ist nur in einem Mix aller effizienten und ökologisch vertretbaren Methoden zur Ener-
408 gieerzeugung möglich. Sachsen-Anhalt hat Potenziale nicht nur der Solar- und Wind-
409 energien, sondern auch bei biochemischen Verfahren der Energiegewinnung. Eine
410 vorrangige Entwicklung regenerativer Verfahren zur Energiegewinnung, Energie-
411 speicherung und energiesparender Technologien und Verfahren muss zum Schwer-
412 punkt der Forschungs- und Technologieförderung werden.

413 ▪ Die Entwicklung und Nutzung erneuerbarer Energien und nachwachsender
414 Rohstoffe muss ein Markenzeichen für Sachsen-Anhalt werden.

415 Natürliche Ressourcen sind knapp und sollten unter Abwägung wirtschaftlicher,
416 sozialer und ökologischer Kriterien effektiv genutzt werden. Noch werden fossile
417 Rohstoffe vorwiegend zur Energiegewinnung verbrannt. Ein Abbau der Braunkohlevor-
418 kommen zum Zweck der Energiegewinnung verbietet sich aus ökologischer und
419 ökonomischer Sicht mittel- und langfristig, Kohle ist aber in einigen Regionen heute
420 noch eine bestimmende Lebensader. DIE LINKE setzt sich dafür ein, den notwendigen
421 Struktur-wandel in den betroffenen Regionen sozial und ökologisch ausgewogen zu
422 gestalten.

423 In der Klimapolitik hat das Land durch seine geografische Lage, die Folgen der indus-
424 triellen sowie bergbaulichen Nutzungen und durch seine Verkehrswege eine über-
425 regionale Bedeutung in Deutschland. Die leistungsfähigsten Böden in der Börde und
426 der Querfurter Platte sowie die Waldflächen im Harz, Fläming und in der Colbitz-
427 Letzlinger Heide sind am stärksten vom Klimawandel betroffen. Der zunehmende
428 Wandel der Niederschlagsmengen im Umfang sowie Zeitpunkt führen zukünftig zu
429 erheblichen Veränderungen im Elbeeinzugsbereich und bei den „Seen“ die in den
430 Bergbaufolgelandschaften entstanden sind bzw. entstehen. Nachdem durch die
431 umfangreiche Reduzierung der industriellen Standorte in Sachsen-Anhalt es vor allem
432 in den neunziger Jahren zu einer Abnahme der CO₂-Belastung gekommen ist, haben wir
433 in den letzten Jahren wieder eine Zunahme zu verzeichnen. Sie wird vor allem durch
434 die Zunahme des Straßenverkehrs und der Flächenversiegelung verursacht.

435 ▪ Das erfordert für eine zukünftige nachhaltige Entwicklung in Land und im
436 Bund ein Umdenken der Klimapolitik. Aus unserer Sicht muss ein notwen-
437 diges Klimakonzept vor allem ein ressortübergreifendes Handeln einfor-
438 dern, das nur ökologisch und sozial nachhaltiges Wirtschaften fördert und
439 Investitionen einer bindenden Umweltprüfung unterzieht, den Ressour-
440 cenvverbrauch einschränkt und sozial ausgewogen ist.

441 Im Gegensatz zu Leitvorstellungen einer nachhaltigen Raumentwicklung hält die
442 Zersiedelung der Landschaft an, wachsen Verkehrsströme unaufhörlich, werden
443 Ressourcen ohne Rücksicht auf zukünftige Generationen verbraucht, verschärfen sich

444 die Ungleichgewichte in der Entwicklung der Regionen in ökonomischer, ökologischer
445 und sozialer Hinsicht. Die neuen Leitlinien der Raumordnung in Bund und EU sind
446 nahezu allein von den Interessen der Wirtschaft geprägt, um Wachstum und Beschäf-
447 tigung zu erzeugen. Aus linker Sicht ist aber eine Balance von Entwicklung, Gleichwer-
448 tigkeit der Lebensbedingungen und Nachhaltigkeit, von Ökonomie und Umwelt- und
449 Ressourcenschutz erforderlich.

450 ▪ Die LINKE wird sich einer Relativierung der Ausgleichspolitik unter dem
451 Verweis auf die begrenzten finanziellen Rahmen und dem damit einher-
452 gehenden verschärften Wettbewerb zwischen den Kommunen und
453 Regionen widersetzen. Wir stellen dagegen die Leitidee der „solidarischen
454 Region“, einer Verantwortungsgemeinschaft mit wechselseitiger
455 Leistungserbringung und dem Ausgleich unterschiedlicher Leistungs-
456 beiträge.

457

458 **Für die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge!**

459 Verantwortung für Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge ergibt sich für DIE
460 LINKE aus der Notwendigkeit, sowohl die sozialen und kulturellen Grundrechte als
461 auch die Grundlagen für das Zusammenleben in den Kommunen für alle gleicher-
462 maßen zu gewährleisten. Dazu zählt die Bereitstellung öffentlicher Einrichtungen für
463 die Allgemeinheit: der öffentliche Personenverkehr, Versorgung mit Wasser, Strom,
464 Gas, die Beseitigung von Abfall und Abwasser, aber auch die Bereitstellung von
465 Bildungs- und Kultureinrichtungen, von Gesundheitseinrichtungen und Beratungs-
466 stellen.

467 Diese Einrichtungen und Angebote brauchen alle, um ihr Leben in der kommunalen
468 Gemeinschaft organisieren zu können. Sie sind deshalb von allgemeinem Interesse
469 und Teil der Zivilgesellschaft.

470 Doch die Bereitstellung von Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge ist durch die
471 neoliberale Politik der letzten Jahre heute zunehmend in Frage gestellt. Einerseits
472 wächst die Finanznot der Kommunen sowohl durch die verfehlte Einnahmepolitik des
473 Bundes als auch andererseits durch die Übertragung von Aufgaben durch Bund und
474 Länder ohne ausreichende Gegenfinanzierung. Hier muss endlich der Grundsatz „Wer
475 bestellt, zahlt auch“ durchgesetzt werden.

476 Die Politik der anderen Parteien hat in den letzten Jahren entscheidend dazu beige-
477 tragen, dass der Handlungsspielraum in den öffentlichen Haushalten zunehmend
478 enger geworden ist. In der Folge entdeckte die Wirtschaft das Feld der öffentlichen
479 Daseinsvorsorge als Profitquelle und nutzte technologische Entwicklungen, um
480 klassische Dienstleistungen zu kommerzialisieren. Aufgaben im Bereich der öffent-
481 lichen Daseinsvorsorge haben eine europäische, eine globale Dimension erhalten. Das
482 neoliberale Leitbild des „Schlanken Wettbewerbsstaates“ hat in der Annahme, dass

483 Markt und Wettbewerb Aufgaben der Daseinsvorsorge in der Regel kostengünstiger,
484 effizienter und effektiver bei höherer Qualität bereitstellen können, den multinatio-
485 nalen Konzernen einen Markt in bisher nicht gekannten finanziellen Dimensionen
486 geöffnet.

487 Durch den Druck auf Haushaltskonsolidierung sehen sich viele Kommunen genötigt,
488 öffentliches Eigentum zu verkaufen. Der erhoffte Effekt, eine kostengünstigere Bereit-
489 stellung von Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge durch diesen Verkauf zu
490 erreichen, stellt sich jedoch meist nicht ein. In der Folge werden Leistungen vielfach
491 nur noch eingeschränkt bereitgestellt oder für die Nutzer verteuert. Die Möglichkeit
492 der öffentlichen Entscheidungsträger und der Bürgerinnen und Bürger, selbst auf die
493 Qualität der zu erbringenden Leistung Einfluss zu nehmen, wird geringer. Das gilt vor
494 allem dann, wenn auch noch der staatliche Einfluss auf die Preisbildung wie jüngst bei
495 den Stromkonzernen aufgegeben wird.

496 ▪ DIE LINKE spricht sich gegen den Verkauf öffentlichen Eigentums aus,
497 wenn der Zugang und die Standards für die Angebote der öffentlichen
498 Daseinsvorsorge gefährdet sind, mit einer Verschlechterung der Arbeits-
499 bedingungen für die Beschäftigten verbunden ist und den kommunalen
500 Mandatsträgern damit die demokratische Mitbestimmung entzogen wird.

501 Die Gewährleistungspflicht des Staates verlangt nicht, alle Aufgaben selbst zu
502 erfüllen. Aber bei der Übertragung von Aufgaben an andere Träger muss gesichert
503 sein, dass der Zugang zu diesen Leistungen für alle zu erschwinglichen Konditionen
504 erhalten bleibt und Qualitätsstandards gesichert werden. Öffentliche Entscheidungs-
505 träger, insbesondere die demokratisch gewählten Gremien, müssen die Entschei-
506 dungshoheit über Umfang und Qualität der Leistungen behalten, notfalls müssen
507 Aufgabenübertragungen wieder entzogen werden können. Insbesondere für die Über-
508 tragung von Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge an nicht gemeinnützige
509 private Anbieter müssen neben der Sicherheit einer langfristigen Gewährleistung der
510 Dienstleistungen zu erschwinglichen Preisen und zur erforderlichen Qualität auch die
511 Konditionen für die Arbeit der Beschäftigten in diesem Bereich beachtet werden.

512 Die Übertragung von Aufgaben der Grundversorgung an private Anbieter sehen wir
513 nicht nur angesichts bereits fortschreitender Monopolisierungen und Preisabsprachen
514 in diesem Bereich skeptisch. Ebenso halten wir die Privatisierung von Wohnungsbe-
515 ständen der kommunalen Unternehmen und von Krankenhäusern für keinen geeig-
516 neten Weg zur langfristigen Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge.

517 ▪ DIE LINKE tritt dafür ein, die Leistungen und Einrichtungen der öffent-
518 lichen Daseinsvorsorge für alle auch zu zumutbaren Konditionen
519 bereitzustellen.

520 Sie sind für uns Voraussetzung für die Sicherung der wirtschaftlichen, sozialen und
521 kulturellen Grundrechte des Einzelnen, für die Vermeidung von sozialer Ausgrenzung.

522 Sie sind für das Funktionieren der Gemeinschaft unverzichtbar. Darüber hinaus leisten
523 viele Angebote insbesondere im ländlichen Raum einen Beitrag, für den sozialen
524 Zusammenhalt in den Regionen, sie generieren bürgerschaftliches Engagement. Dort
525 erhält die Zivilgesellschaft eine Adresse.

526 Wir wenden uns gegen alle Bestrebungen, die Notlage Betroffener auszunutzen, um
527 höhere Preise für die Bereitstellung solcher Leistungen der öffentlichen Daseinsvor-
528 sorge zu realisieren oder den Leistungsumfang aus vermeintlichen Wirtschaftlichkeits-
529 gründen einzuschränken. Für DIE LINKE ist der Maßstab für die Angemessenheit der
530 Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge immer die Möglichkeit der Teilhabe der
531 sozial schwächsten Gruppen in der Bevölkerung. Umgekehrt kann sich die Gesell-
532 schaft ein Marktversagen in diesen elementaren Bereichen nicht leisten. Das käme am
533 Ende die Gemeinschaft teurer zu stehen als die Erfüllung der Aufgabe in eigener Ver-
534 antwortung sicherzustellen.

535 ▪ DIE LINKE tritt dafür ein, neben einem attraktiven Angebot an kommunalen
536 Einrichtungen im Interesse der Breite und der Vielfalt der Angebote
537 freie gemeinnützige Träger zu fördern, wenn sie Aufgaben in diesem
538 Bereich übernehmen, und weitere lokale Initiativen zu unterstützen.

539 Die Zuständigkeit für die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge liegt in der
540 Mehrzahl der Fälle in den Kommunen. Der Stärkung der kommunalen Selbstver-
541 waltung räumen wir einen besonderen Schwerpunkt ein. Vor Ort sind die Bedarfe wie
542 auch die Probleme am besten bekannt. Bürgerinnen und Bürger erleben die Kommu-
543 nalpolitik deutlich transparenter. Die Kompetenzen für die Lösung von Problemen sind
544 in den Kommunen bürgernah und effizient, weil dort die vorhandenen Angebote am
545 besten gebündelt und Synergieeffekte genutzt werden können. Dort gibt es die
546 meisten Potenziale dafür, dass sich bürgerschaftliches Engagement entwickeln kann.

547 ▪ Wir sprechen uns deshalb dafür aus, dass die öffentliche Daseins-
548 vorsorge, so weit wie es sinnvoll und möglich ist, in die Zuständigkeiten
549 der Landkreise, Städte und Gemeinden gegeben wird.

550 Ein regional ausgewogenes Angebot an Bildungs- und Kultureinrichtungen gehört für
551 uns zu den Aufgaben der Kommunen. Das bezieht sich nicht nur auf Einrichtungen zur
552 Erfüllung der Schulpflicht, sondern auch auf solche, die lebensbegleitendes Lernen
553 ermöglichen und die Bereitstellung eines bedarfsgerechten Angebotes an Einrichtun-
554 gen für die vorschulische Bildung und Betreuung. DIE LINKE entzieht sich der Logik,
555 nach der sportliche und kulturelle Angebote als freiwillige Aufgaben der Kommunen
556 bei Finanzknappheit notfalls wegfallen können. Wir sehen sie als Bestandteil der
557 Daseinsvorsorge. Dabei sollen örtliche Voraussetzungen und Potenzen ebenso
558 beachtet werden wie gewachsene Traditionen, aber auch Raum für die Entwicklung
559 neuer Angebote bleiben. Möglichkeiten der regionalen Kooperation sollen für die
560 Erweiterung des verfügbaren Angebotes genutzt werden. Das gilt ebenso für die
561 vielfältigen Formen von Beratungsstellen.

562 Dabei allerdings erweist sich die Finanznot der Kommunen als kontraproduktiv.

563 ▪ DIE LINKE setzt sich darum für eine umfassende Gemeindefinanzreform
564 ein. Wir brauchen einen Finanzausgleich im Land, der auf einer wirklichen
565 Partnerschaft zwischen Land und Kommunen basiert. Von der Wirt-
566 schaft- und Finanzkraft der Kommunen wird die Lebensqualität der
567 Menschen wesentlich mitbestimmt, denn von ihr hängen die Zukunfts-
568 fähigkeit der Kommunen und die Sicherung der Aufgaben der öffentlichen
569 Daseinsvorsorge ab.

570 Kommunale Mandatsträger haben bei den Entscheidungsfindungen eine besondere
571 Verantwortung. Die Konditionen für die Erbringung von Leistungen der öffentlichen
572 Daseinsvorsorge sollen darum von den demokratisch gewählten Gremien in einem für
573 Bürgerinnen und Bürger transparenten Prozess geregelt werden. Das gilt sowohl für
574 die Leistungen der örtlichen Ver- und Entsorgung wie auch für den sozialen und
575 kulturellen Bereich.

576

577 **Bildungszugang für alle – für längeres gemeinsames Lernen!**

578 Wenn wir über das Recht auf Bildung für jeden Menschen reden, dann haben wir zwei
579 Dimensionen im Blick:

580 Zuerst ist der gleiche Zugang zu Bildung auf einem hohen Niveau für uns ein unver-
581 äußerliches Menschenrecht. Bildung ist in großem Maße persönlichkeitsbildend. Ein
582 hohes Bildungsniveau ist nicht nur Grundlage für die Umsetzung der individuellen
583 Lebenspläne, es ermöglicht jedem und jeder Einzelnen auch die Teilhabe an und die
584 Mitsprache bei gesellschaftlichen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen
585 sowie die Wahrnehmung und Verteidigung demokratischer Grund- und Freiheitsrechte.
586 Bildung ist damit auch konstituierend für eine demokratische Entwicklung der Gesell-
587 schaft.

588 Zum Zweiten ist ein hohes Bildungsniveau des Einzelnen und der Gesellschaft für
589 Staaten wie die Bundesrepublik Deutschland zu einem wirtschaftlichen Entwicklung-
590 potenzial ersten Ranges geworden. In einem rohstoffarmen Land wie der Bundesrepu-
591 blik ist volkswirtschaftlicher Fortschritt von einer in hohem Maße wissensbasierten
592 Produktion abhängig. Innovation und die Entwicklung neuer, auf ökologische Nach-
593 haltigkeit setzende Technologien beeinflussen damit nicht nur die Lebensqualität der
594 Menschen in diesem Land, sondern auch seine Wettbewerbsfähigkeit. Darum ist es
595 ein gesamtgesellschaftliches Interesse, für ein hohes Bildungsniveau zu sorgen. Keine
596 moderne Gesellschaft darf es sich leisten, dabei einen Teil seiner Bevölkerung auszu-
597 grenzen. Bildungszugang für alle ist darum ein Maßstab für das Maß der Verwirk-
598 lichung von sozialer Gerechtigkeit.

599 ▪ Aus diesem Grund lehnen wir die Zuteilung von Bildung und damit die
600 Zuteilung von Lebenschancen und Partizipationsrechten durch das
601 Bildungssystem entschieden ab.

602 Tatsächlich ist in der Bundesrepublik Deutschland aber die Möglichkeit des Bildungs-
603 zuganges eingeschränkt. Das belegen nicht nur internationale Vergleichsstudien.
604 Besonders markant ist die massive Abhängigkeit des Bildungserfolges trotz formal-
605 rechtlicher Gleichheit von der sozialen Situation im Elternhaus bzw. in den familiären
606 Lebenszusammenhängen. Kinder aus materiell oder sozial schwachen Familien oder
607 aus Elternhäusern mit einem geringen Bildungshintergrund haben es deutlich schwe-
608 rer als andere hohe Bildungsabschlüsse zu erreichen.

609 Das Bildungssystem in Deutschland ist nicht geeignet und im Grunde auch nicht daran
610 interessiert, diesem Defizit energisch entgegenzuwirken. Vielmehr werden durch eine
611 frühzeitige Eingliederung in unterschiedliche Bildungsgänge in der Schule, durch eine
612 immer stärker werdende Privatisierung der Bildungskosten und die Vernachlässigung
613 von gleichen Bildungszugängen im frühen Kindesalter Bildungschancen zugeteilt. In
614 der Folge vererben sich soziale Nachteile bei der Möglichkeit Bildung zu erwerben für
615 Kinder aus Familien in prekären Lebenslagen. Ihre Lebenschancen werden so be-
616 schnitten.

617 Diese soziale Benachteiligung ist Teil konservativer Gesellschaftspolitik, die öffentlich
618 finanzierte Bildung auf vordergründige gesellschaftliche, ja teilweise auf wirtschaft-
619 liche Verwertbarkeit reduziert. Individuelle Lebensinteressen werden dabei ausge-
620 blendet oder zur Privatsache des Einzelnen erklärt.

621 DIE LINKE setzt dem Forderungen entgegen, die aus dem emanzipatorischen Wert von
622 Bildung ebenso erwachsen wie aus ihrem Anspruch an soziale Gerechtigkeit:

623 ▪ Bildung beginnt nicht erst in der Schule. Sie beginnt mit dem ersten
624 Lebenstage. Darum sollen Eltern und Erziehende Hilfen bei der frühkind-
625 lichen Bildung erhalten. Dabei setzen wir auf ein qualitätsvolles Angebot
626 frühkindlicher Bildung und Betreuung in Krippen und Kindergärten, das
627 jedem Kind, unabhängig von der Erwerbstätigkeit der Erziehungsberech-
628 tigten zugänglich sein muss. Wir wollen einen Rechtsanspruch auf ganz-
629 tägige Bildung und Betreuung in einer Kindereinrichtung.

630 ▪ Wir setzen uns ein für das gemeinsame Lernen bis mindestens zur
631 neunten Klasse in einer Gemeinschaftsschule, ohne frühzeitige Ausgren-
632 zung in unterschiedliche Lerngruppen, die auf unterschiedliche Abschlüs-
633 se hin ausgerichtet sind. Wir unterstützen einen Paradigmenwechsel, der
634 mit einer Pädagogik der Vielfalt auf die sozialen Lebenslagen von Schüle-
635 rinnen und Schülern Bezug nimmt, das traditionelle Rollenverhältnis
636 zwischen Jungen und Mädchen und die damit verbundenen Klischees
637 kritisch hinterfragt und Schülerinnen und Schüler mit Migrationshinter-

638 grund fördert und integriert. Wir wollen, dass durch ein optimales Maß an
639 individueller Förderung aller Schülerinnen und Schüler möglichst alle
640 einen soliden Abschluss der zehnten Klasse erreichen können und mehr
641 als bisher erfolgreich das Abitur erreichen. Die neue Gemeinschaftsschule
642 ist eine integrative Schule, in der auch Kinder mit und ohne Behinderun-
643 gen zusammen lernen.

644 ▪ DIE LINKE tritt dafür ein, dass alle Absolventinnen und Absolventen von
645 allgemein bildenden Schulen eine berufliche Ausbildung erhalten, die zu
646 einem vollwertigen Berufsabschluss führt. Dafür müssen die Anstrengun-
647 gen für ein ausreichendes Angebot an dualen Ausbildungsplätzen ebenso
648 erhöht werden, wie es erforderlich ist vollzeitschulische Bildungsgänge
649 und Möglichkeiten für ein Hochschulstudium bedarfsgerecht bereitzu-
650 stellen und aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren. Dazu halten wir kurz-
651 fristig eine Umlagefinanzierung für erforderlich. Sackgassen, Sparange-
652 bote und sinnlose Warteschleifen halten wir weder für gerecht noch für
653 zeitgemäß. Der Zugang zum Studium soll frei bleiben und nicht durch
654 Gebühren erschwert werden. Wir wollen, dass an den Hochschulen des
655 Landes bei guten Studienbedingungen mehr junge Menschen als bisher
656 eine berufliche Ausbildung erhalten und erfolgreich abschließen können.
657 Dafür bedarf es einer ausreichenden öffentlichen Finanzierung und des
658 Verzichts auf die Einführung von Studiengebühren. DIE LINKE strebt ein
659 neues Berufsbildungskonzept an, das unterschiedliche Wege in den Beruf
660 ebenso berücksichtigt wie die Veränderungen in den Erwerbsbiografien.

661 ▪ Kommunale und freie gemeinnützige Bildungsträger leisten schon jetzt
662 einen wertvollen Beitrag in der Erwachsenenbildung. Wir wollen, dass
663 dem gesamten Bereich der Weiterbildung ein höherer Stellenwert einge-
664 räumt wird. Dazu zählt für uns die berufliche und berufsbezogene Weiter-
665 bildung ebenso wie allgemeine, politische, kulturelle Weiterbildungs-
666 angebote und Qualifizierungen für ehrenamtliches Engagement.

667 DIE LINKE steht für ein öffentliches und staatlich finanziertes Schulwesen. Seine
668 Entwicklung hat für uns Priorität. Darum ist die Sicherung eines attraktiven und
669 möglichst dichten Netzes an öffentlichen Schulen auch in der Fläche, das es allen
670 Kindern zu guten Konditionen ermöglicht, jeden gewünschten Bildungsgang zu
671 erreichen, eine vorrangige Aufgabe der Schulentwicklungsplanung. Daneben
672 akzeptieren wir den verfassungsmäßigen Rang der freien Schulen in gemeinnütziger
673 privater Trägerschaft. Wir schätzen insbesondere den innovativen pädagogischen
674 Ansatz vieler dieser Schulen und ihren daraus erwachsenden Einfluss auf die
675 pädagogische Entwicklung des öffentlichen Schulwesens. Allerdings sehen wir mit
676 Sorge, dass freie Schulen sich zunehmend dort gründen, wo öffentliche Angebote
677 wegen fehlender Schülerzahlen nicht mehr aufrechterhalten werden. Das ist vor allem
678 darum möglich, weil freie Schulen nicht an die quantitativen staatlichen Vorgaben für
679 die Einrichtung von Schulen gebunden sind. So sehr wir diese oft durch Elterninitia-

680 tiven beförderten Schulgründungen respektieren, so sehr befürchten wir durch sie
681 eine weitere Reduzierung öffentlicher Schulangebote ebenso wie eine weitere Ver-
682 tiefung der sozial bedingten Sonderung von Schülerinnen und Schülern. Diesem Trend
683 kann nur durch die Ausgestaltung des öffentlichen Schulwesens entgegengewirkt
684 werden.

685 Die Sicherung vielfältiger und bedarfsgerechter Bildungsangebote für alle Alters-
686 gruppen ist für uns eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie hat für uns
687 Priorität. Ihr muss nicht nur mehr politische Aufmerksamkeit entgegengebracht
688 werden, sondern auch die notwendige finanzielle Ausstattung muss gesichert werden.
689 Dazu soll der Gedanke der Bildungsquote als haushalterischer Ansatz weiter ent-
690 wickelt und öffentlich kommuniziert werden.

691

692

Familie ist gewollt!

693 Unter Familie verstehen wir eine Lebensgemeinschaft, in der Menschen unterschied-
694 licher Generationen miteinander leben und sich füreinander verantwortlich fühlen. Wir
695 teilen jedoch nicht das konservative Familienbild, das auf subsidiärer finanzieller Ver-
696 antwortung füreinander aufbaut und so materielle Formen der Abhängigkeit vonein-
697 ander konstituiert. Diesem Familienbild vergangener Jahrhunderte und Gesellschaften
698 setzen wir eine solidarische Gemeinschaft entgegen, in der jede und jeder Einzelne
699 selbstbestimmt leben kann. Partner in einer Ehe oder einer anderen Lebensgemein-
700 schaft sollen menschlich und moralisch füreinander da sein, aber nicht finanziell von-
701 einander abhängig. Die tradierten Rollenbilder zwischen den Geschlechtern hinsicht-
702 lich der Zuständigkeit für Familien- und Erwerbsarbeit beschränken die selbstbe-
703 stimmte Lebensgestaltung von Frauen und von Männern und gehören aus diesem
704 Grunde infrage gestellt. Jeder Mensch hat für uns das Recht auf eine eigenständige
705 Sicherung seiner Existenz. Nur so kann er auch in Gemeinschaft selbstbewusst
706 agieren. Das gilt für Lebenspartner genauso wie für das Verhältnis von Eltern für ihre
707 Kinder oder die Pflege bedürftiger Familienangehöriger.

708 Darum setzen wir uns ein:

709 ▪ für die Abschaffung des Ehegattensplittings und den Umstieg auf das Prinzip
710 der Individualbesteuerung. Die Selbstverständlichkeit einer Erwerbstätigkeit
711 von Frauen wird bis heute durch dieses auf das Ernährermodell aufgebaute
712 Familienbild, dem das Ehegattensplitting entspricht, infrage gestellt.

713 ▪ für eine Kindergrundsicherung, die Kinder vor Armut schützt und ihnen ein
714 selbstbestimmteres Leben ermöglicht,

715 ▪ für ein elternunabhängiges Bafög, das die Abhängigkeit der Bildungsbio-
716 grafie junger Studierender von ihren Eltern aufhebt,

- 717 ▪ für einen auskömmlichen Pflegesatz, der die Pflegeleistung innerhalb der
718 Familie nicht mehr zu einem weiteren Niedriglohnsektor gestaltet,

- 719 ▪ für eine Infrastruktur von Beratungs- und Dienstleistungsangeboten für
720 Familien in prekären Lebenssituationen, die sich in respektvoller und
721 werbender Art und Weise anbietet und die das Selbstbestimmungsrecht der
722 Betroffenen ebenso wie die Rechte auf Sozialleistungen unangetastet lässt,

- 723 ▪ für sozialrechtliche Regeln, die vor allem Männern und Vätern den Zugang zu
724 Familienarbeit und Kindererziehung erleichtern. Dazu gehört auch die ganz-
725 tägige Betreuung in einer Kindereinrichtung als Rechtsanspruch eines jeden
726 Kindes.

- 727 ▪ für ein familienfreundliches Klima in öffentlichen Einrichtungen, was z.B.
728 verhindert, dass Behördenbesuch und andere Angelegenheiten für Eltern mit
729 Kindern zur Belastungsprobe werden,

- 730 ▪ für innovative Modelle der Arbeitszeit und Arbeitsform, die Beruf, Eltern-
731 schaft oder Pflege für Frauen und für Männer in allen Tätigkeitsbereichen
732 ermöglicht bzw. erstrebenswert macht.

733 Familie ist gewollt, bei Frauen und Männern, bei Kindern und Jugendlichen, gleicher-
734 maßen in allen Generationen. Die Vorstellungen vom familiären Zusammenleben
735 werden vielfältiger und wandeln sich in den individuellen Lebensentwürfen.

736 Die Politik hat das zu respektieren und zugleich Rahmenbedingungen zu schaffen, die
737 gegenseitige Verantwortung nicht zu Abhängigkeiten degradiert und die unterschied-
738 lichen Lebensformen gleichberechtigt schützt und fördert.

739

740 **Für einen politischen Richtungswechsel!**

741 Mit dem Einzug der LINKEN in den Bundestag 2005 sind die politischen Kräfteverhält-
742 nisse in der Bundesrepublik Deutschland in Bewegung gekommen. Wir wollen mehr,
743 wir wollen diese Kräfteverhältnisse nachhaltig verändern. Wir werden dafür streiten,
744 dass an den Konzepten und Ideen der LINKEN dauerhaft kein Weg vorbei führt. Der
745 andauernde Kampf um einen Existenz sichernden gesetzlichen Mindestlohn zeigt
746 bereits, wozu wir in der Lage sind. Ohne eine starke LINKE hätten sich andere politi-
747 sche Parteien dieses Themas nicht in dieser Form angenommen. Doch sie bleiben
748 ungläubwürdig, solange sie nur darüber reden, ohne politisch mögliche Mehrheiten zu
749 nutzen, den Mindestlohn auch für alle gesetzlich einzuführen.

750 In Sachsen-Anhalt war DIE LINKE der Wahlsieger 2006. Es war uns zu verdanken, die
751 schwarz-gelbe Mehrheit gebrochen zu haben. Die Menschen in unserem Bundesland
752 wollten den politischen Wechsel. Bekommen haben sie ein „Weiter so“.

753 Wir kämpfen weiterhin für einen Richtungswechsel in der Politik. Wir stehen für wirt-
754 schaftlich zukunftsfähige, ökologisch nachhaltige und sozial gerechte Politik. Unser
755 Anspruch auf Erneuerung heißt: moderne Entwicklungswege für alle gesellschaftlichen
756 Bereiche – von der Wissenschaft und der Wirtschaft über die Bildungspolitik, die Ent-
757 wicklung einer vorsorgenden Sozialpolitik bis zur kulturellen Infrastruktur und zur
758 Kommunalpolitik.

759 DIE LINKE wird mit ihrem inhaltlichen Angebot auf die Bürgerinnen und Bürger
760 zugehen und um ihr Vertrauen werben. Wir wollen und werden uns messen lassen an
761 der Akzeptanz unserer politischen Alternativen und nicht daran, wie wir zu den
762 Konzepten der anderen stehen. Kompetenz entscheidet über unseren dauerhaften
763 Erfolg, nicht die Ablehnung des Programms der anderen Parteien. DIE LINKE ist
764 Volkspartei in Sachsen-Anhalt – dies bleibt unser Anspruch auch in Zukunft.

765 Die Mitglieder unserer Partei sind aufgerufen, in den kommenden Monaten eine breite
766 und transparente Diskussion zur programmatischen Ausrichtung der neuen LINKEN zu
767 führen. Wir werden uns als Landesverband mit unseren Erfahrungen, Ideen und Werte-
768 vorstellungen in diese Debatte einbringen.

769 Nicht zuletzt durch diese Diskussion, aber auch durch unsere außerparlamentarischen
770 Aktivitäten, durch unser gemeinsames Agieren mit verschiedensten Bündnispartne-
771 rinnen und Bündnispartnern und durch eine glaubwürdige und überzeugende parla-
772 mentarische Arbeit wollen wir noch mehr Menschen dafür gewinnen, aktiv in der
773 neuen LINKEN mitzuwirken.

774 Die Ergebnisse der Politik der LINKEN messen sich daran, wie sie dazu beitragen, auch
775 innerhalb der gegebenen bundes- und europapolitischen Rahmenbedingungen die
776 Interessen insbesondere sozial schwacher und durch Ausgrenzung bedrohter oder
777 schon erfasster Bürgerinnen und Bürger zu vertreten, die ökonomischen Potenziale für
778 eine eigenständige Entwicklung von Kommunen und Regionen zu fördern und Kräfte
779 dazu zusammenzuführen.

780 DIE LINKE in Sachsen-Anhalt ist eine der Gesellschaft zugewandte, sie verändern
781 wollende Partei. Gerade ihre Auffassung, dass diese Gesellschaft veränderbar ist,
782 schafft den Rahmen für ein öffentlich akzeptiertes Wirken.

783 Im Jahr 2007 ist uns LINKEN, den Mitgliedern aus WASG und Linkspartei.PDS,
784 gelungen, wofür viele von uns seit 1989 überall engagiert gekämpft haben – die
785 Etablierung einer gesamtdeutsch akzeptierten, in Ost und West vertretenen Partei mit
786 demokratisch-sozialistischem Profil.

787 Dies erreicht zu haben, macht uns Mut und lässt uns an diesem 15. September 2007
788 voll Selbstbewusstsein und Optimismus sagen:

789 **Hier ist DIE LINKE. Sachsen-Anhalt – eine LINKE, die sich den Proble-**
790 **men der Menschen zuwendet, die den Kapitalismus nicht für das Ende**
791 **der Geschichte hält, die Protest und Widerspruch unüberhörbar dort**
792 **anbringt, wo er nötig ist, und die gleichzeitig darum ringt, für ihre Ideen**
793 **und Konzepte politisch handlungsfähige Mehrheiten zu gewinnen.**

794

795

796

797

798

799

800

801

802

803

804

805

806

807

808

809

810

811

812

813

814

815

816

817

818

819

820

821

822

823

824

825

826

827

828

829

830

831

832 DIE LINKE. Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt

833

834

835

836

Haushaltspolitischer Antrag

837

838

an den

839

1. Landesparteitag der Partei DIE LINKE. Landesverband Sachsen-Anhalt

840

vom 14. bis 16. September 2007 in Magdeburg

841

842

„Wo wir sind, nicht, wo wir sein möchten, ist der Ort, an dem wir anfangen müssen“

843

844

David Steindl-Rast

845

846

847

848

849

1. Die Rahmenbedingungen linker Haushaltspolitik in Sachsen-Anhalt

850

851

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein reiches Land. Doch die Bedingungen für die Beteiligung am gesellschaftlichen Leben und für die Lebenschancen sind sehr ungleich verteilt. Von der PDS gibt es bis hin zu den Programmatischen Eckpunkten, dem programmatischen Gründungsdokument der Partei DIE LINKE viele Vorschläge und Ideen, wie diese ungleiche Verteilung aufgehoben werden kann. Die Linkspartei.PDS hatte 2005 ein Steuerkonzept vorgelegt, auf dessen Basis die Einnahmen der öffentlichen Haushalte stabilisiert und die Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge finanziert werden könnten. Jetzt liegen aktuelle Vorschläge zur Einführung einer Börsenumsatzsteuer, zur Vermögens- und Erbschaftssteuer und zu einem ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7 % für Produkte und Dienstleistungen für Kinder vor.

861

Dem stehen jedoch die realen politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik gegenüber. Auf der für die Einnahmen entscheidenden politischen Ebene, der Bundesebene, steht eine Regierungsbeteiligung der LINKEN vor 2013 nicht zur Debatte. Dies bedeutet aber, dass wir auch in Sachsen-Anhalt mit einem Fortbestehen neoliberaler Finanzpolitik auf der Bundesebene auch nach Ende der Legislaturperiode 2011 rechnen müssen. In den vergangenen Jahrzehnten gab es auf Bundesebene unter dem Motto „Es gibt keine Alternative“ eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben. Schon heute besitzen die oberen 10 % der Gesellschaft mehr als 40 % des Geldvermögens, die Hälfte muss sich mit 4,5 % zufrieden geben. Die Realeinkommen von ArbeitnehmerInnen, RentnerInnen, StudentInnen, Auszubildenden und sozial Bedürftigen sinken seit Jahren. Dazu kommt die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Damit wird den Bürgerinnen und Bürgern jährlich rund 24 Mrd. € Kaufkraft entzogen. Spitzenverdienste und Gewinne dagegen steigen. Doch die nächste Steuersenkung für die Unternehmen und damit Steuermindereinnahmen von jährlich 5 - 10 Mrd. € (die

874

875 Zahlen schwanken) ist schon beschlossen. Angesichts einer solchen Politik werden die
876 öffentlichen Kassen immer leerer und die Schuldenberge wachsen.
877 Mit dem Schlagwort von der Haushaltskonsolidierung versuchen CDU und SPD die
878 Steuergeschenke durch massiven Abbau öffentlicher Aufgaben zu finanzieren. Eine
879 Vermögenssteuer, die ihrem Namen Ehre macht, ist immer noch nicht in Sicht. Selbst
880 die Erbschaftssteuer, die längst nicht mehr ihrer umverteilenden Aufgabe gerecht
881 wird, wird von CDU-Politikern in Frage gestellt. Der politische Druck auf die Konsoli-
882 dierung der öffentlichen Haushalte steigt weiter. Das Berlin-Urteil des Bundesver-
883 fassungsgerichts vom 19.10.2006 zur Haushaltsnotlage ist Richtung weisend für die
884 nächsten Jahre. Die Debatten um die Föderalismusreform II gehen ebenfalls hin zu
885 mehr Wettbewerbsföderalismus. Für die finanzschwachen Länder gibt es jetzt schon
886 das Signal, dass sie sich wohl in Zukunft selber helfen sollten. Selbst der Länderfinanz-
887 ausgleich wird in Frage gestellt.
888 Die Konsequenz dieser Rahmenbedingungen ist die nachhaltige Reduzierung der zur
889 Verfügung stehenden öffentlichen Ressourcen im Landeshaushalt, genauso wie in den
890 Kommunen. Die größte Herausforderung für uns besteht in beiden Ebenen darin, trotz-
891 dem Konzepte und politische Handlungsalternativen zu entwickeln, die realistisch,
892 finanzierbar und funktional sind. Dies trifft sowohl auf diejenigen Situationen zu, in
893 denen wir politische Gestaltungsverantwortung tragen, genauso wie für Vorschläge,
894 die wir aus der Opposition heraus unterbreiten. Denn auch diese werden nur dann
895 Wirkung entfalten können, wenn sie die gegebenen finanzpolitischen Rahmenbe-
896 dingungen berücksichtigen. Nur so bleiben wir glaubwürdig.

897

898

899 **2. Die strategische Zielsetzung linker Haushaltspolitik**

900

901 Die Fraktion der Linkspartei.PDS hat mit „Sachsen-Anhalt 2020“ 2005 ein Entwick-
902 lungs- und Gestaltungskonzept für Sachsen-Anhalt vorgelegt. Wir wollen Sachsen-
903 Anhalt trotz demografischen Wandels, trotz komplizierter Bedingungen in Wirtschaft,
904 Bildung und Wissenschaft, trotz sinkender finanzieller Zuschüsse auf den Kurs eines
905 innovativen und sozial stabilen Landes bringen, in dem es auch für junge Leute eine
906 lebenswerte Zukunft gibt.

907 Dazu gehört der Erhalt der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie dient der Grundversor-
908 gung und der Sicherung der Lebensqualität der Menschen in den Städten, Gemeinden
909 und Kreisen. Die Aufgaben reichen über die Versorgung mit Wasser, Energie, Gesund-
910 heitsdiensten, dem Öffentlichen Personennahverkehr über die Bildung, die Entsorgung
911 von Abfall und Abwasser bis zur Kultur und Altenbetreuung, um nur einige zu nennen.
912 DIE LINKE kämpft gegen die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie darf
913 nicht vom Geldbeutel abhängen, ist aber auch nicht zum Nulltarif zu erhalten.

914 An dieser Aufzählung von politischen Zielen wird jedoch die Dimension unserer Auf-
915 gabe deutlich. Denn wir wollen diese umsetzen, obwohl uns eine neoliberale Finanz-
916 politik die dafür notwendigen Mittel vorenthält. Darüber hinaus wäre die Umsetzung all
917 dieser Ziele selbst mit den öffentlichen Ressourcen schwierig, die wir mit unserem
918 Steuerkonzept zur Verfügung hätten. Auch dann würden wir lediglich die in den

919 nächsten Jahren anstehenden Absenkungen aus dem Solidarpakt II kompensieren
920 können und das derzeitige Haushaltsvolumen des Landeshaushaltes stabil halten.
921 Angesichts der finanziellen Rahmenbedingungen, die nur bedingt vom Land beeinflusst
922 werden können, liegt es nahe, zu sagen: DIE LINKE bringt sich in diesen Prozess nicht
923 ein. Das aber entspricht nicht unserem Anspruch, mit den gesellschaftlichen Verän-
924 derungen hier und heute zu beginnen.
925 Einen alternativen Ansatz hat die PDS in Sachsen-Anhalt bereits auf dem Leunaer
926 Parteitag 2004 beschlossen. Dies betrifft unsere Position zur Verschuldung und zur
927 Rolle der Bildungsausgaben.
928 DIE LINKE sagt: Sparen ja, aber mit Augenmaß. Sachsen-Anhalt darf im Interesse einer
929 zukunftsfähigen Entwicklung nicht kaputt gespart werden.
930 Um Haushaltskonsolidierung und Haushaltsgestaltung im Sinne von Strukturentwick-
931 lung des Landes wirksam betreiben zu können, kann auch eine Schuldenaufnahme zu
932 verantworten sein. Diese dadurch zur Verfügung stehenden Mittel müssen aber für
933 Zukunftsfähigkeit und Wertschöpfung, Nachhaltigkeit und Innovation, für Arbeitsplatz-
934 beschaffung eingesetzt werden. Mittel, die heute in Bildung, Wissenschaft und
935 Forschung fließen, werden zukünftig innovationsfähige Arbeitsplätze schaffen und
936 Menschen dafür qualifizieren. In dem Maße, wie heute künftige Generationen von
937 heutigen strukturellen Entscheidungen profitieren können, können sie zukünftig zur
938 Finanzierung dieser herangezogen werden. Wir sind uns aber auch bewusst, dass
939 wachsende Zinslasten durch eine Neuverschuldung die finanziellen Spielräume für
940 unsere politischen Vorstellungen auf lange Sicht weiter einschränken.
941 Für DIE LINKE ist es eine politische Selbstverständlichkeit, sorgsam mit dem Geld und
942 dem Vermögen der Sachsen-Anhalter umzugehen. Wir stehen nicht für ungehemmte
943 Mehrausgaben und eine immer weitergehende Neuverschuldung. Angesichts des
944 strategischen Defizits an öffentlichen Ressourcen ist auch die grenzenlose Erhöhung
945 der Verschuldung keine wirkliche Alternative, da sie zwar eine kurzfristige Entlastung
946 bringt, jedoch bereits in den nächsten Jahren dazu führen würde, die Krise noch mal zu
947 verschärfen. Vor diesem Hintergrund kann eine grenzenlose Erhöhung der Verschul-
948 dung keine wirkliche Handlungsoption für DIE LINKE sein, selbst dann, wenn sie
949 lediglich Resultat einer neoliberalen Steuerpolitik wäre.
950 Auch für DIE LINKE ist ein ausgeglichener Landeshaushalt ein wichtiges Politikziel.

951
952

953 **3. Die finanzielle Situation des Landes Sachsen-Anhalt**

954

- 955 • Sachsen-Anhalt hat 2007 einen Haushalt von knapp 10 Mrd. €. Bis 2020 wird
956 der Haushaltsumfang auf rund 8 Mrd. €¹ zurückgehen, wenn es keine tief-
957 gehenden Änderungen auf Bundesebene zu Gunsten der Länder und auch der
958 Kommunen gibt. Ursachen für den Rückgang sind die sinkenden Zuweisungen
959 von Bund und EU, das Auslaufen des Solidarpakt II im Jahr 2020, ein rück-
960 läufiges Gesamtsteueraufkommen durch den Bevölkerungsverlust sowie die

¹ Mittelfristige Finanzplanung des Landes Sachsen-Anhalt 2006-2010, S.13

- 961 gegenwärtig geplanten Steuersenkungen des Bundes (z. B. Unternehmen-
962 steuerreform).
- 963
- 964 • Schon während der beiden Haushaltsjahre 2008 und 2009 wird sich das
965 Gesamtausgabevolumen um rund 300 Mio. € reduzieren. Bis zum Haushaltsjahr
966 2011 verliert das Land weitere 300 Mio. €, also ein Rückgang im Laufe dieser
967 Legislaturperiode des Landtages um 6 %. Diese Prognose berücksichtigt schon
968 die sehr optimistische Steuerschätzung, die im Laufe dieser vier Haushaltsjahre
969 eine Erhöhung der eigenen Steuern und des Länderfinanzausgleiches von etwa
970 550 Mio. € prognostizieren. Sie beinhaltet andererseits auch den Stopp der
971 Neuverschuldung und den Beginn der Schuldentilgung bereits ab 2009 in Höhe
972 von 25 Mio. € jährlich.
- 973
- 974 • Gleichzeitig steigt im Landeshaushalt eine Reihe von Ausgabeposten, für die es
975 politisch keine Einflussmöglichkeiten gibt. Dazu zählen z. B. die Steigerung der
976 Zinsausgaben um 120 Mio. € bis 2011 sowie das Anwachsen der Ausgaben für
977 die Zusatzversorgungssysteme und der Pensionslasten um 80 Mio. €. Die Per-
978 sonalausgaben steigen im Landesbereich vor allem auf Grund der Ost-West-
979 Angleichung trotz des sinkenden Personalbestandes bis 2009 um 100 Mio. €
980 und 2010 um zusätzliche 50 Mio. €. Weitere Ausgabensteigerungen, wie z. B.
981 steigende Mittel für die stationäre Pflege auf Grund der sich verändernden
982 Altersstruktur in Sachsen-Anhalt können heute noch nicht beziffert werden.
- 983
- 984 • Dies bedeutet, dass selbst bei einer sehr positiven Entwicklung der Steuer-
985 einnahmen die zur Verfügung stehende Verteilungsmasse bis 2011 um etwa
986 10 % reduziert wird.
- 987
- 988 • Sachsen-Anhalt finanziert seinen Haushalt nur in einer Höhe von rund 5 Mrd. €
989 aus eigenen Steuereinnahmen. Die Einnahmen, die darüber hinausgehen, sind
990 Zuschüsse der Europäischen Union, des Bundes und anderer Bundesländer.
- 991
- 992 • Die Personalausgaben machen gegenwärtig rund 23 % des Haushaltes aus. Bei
993 gleichbleibendem Landespersonal würde dieser Anteil der Ausgaben im Jahre
994 2020 knapp 40 %² am Landeshaushalt ausmachen.
- 995
- 996 • Die Pensionskosten steigen im Zeitraum von 2011 bis 2020 noch einmal um
997 etwa 170 Mio. € auf 291 Mio. €. Die Ausgaben für Zahlungen aus den Sonder-
998 und Zusatzversorgungssystemen (AAÜG) der DDR sinken dagegen nur leicht,
999 von 415 Mio. € im Jahr 2007 auf 382 Mio. € im Jahr 2020.
- 1000
- 1001 • Die Schulden des Landes belaufen sich auf rund 20 Mrd. €. Für diese Schulden
1002 muss die öffentliche Hand gegenwärtig jährlich etwa 1 Mrd. € Zinsen an Kredit-
1003 institute und andere Geldgeber zahlen. Das sind etwa 20 % der Steuerein-

² Vgl. Personalentwicklungskonzept Sachsen-Anhalt 2007-2020

1004 nahmen. Die Situation der Kommunen ist nicht besser. Die Mehrheit kann
1005 keine ausgeglichenen Haushalte vorlegen. Die Kassenkredite schnellen in die
1006 Höhe.

1007

1008

1009 **4. Weitere Prinzipien der Haushaltspolitik der LINKEN**

1010

1011 Angesichts der knappen Kassen werden wir Schwerpunkte setzen müssen, um finan-
1012 zielle Spielräume für die Realisierung unserer politischen Ziele zu gewinnen. Aus der
1013 Tatsache, dass wir am Ende der Legislaturperiode bis 2011 eine um etwa 10 % gerin-
1014 gere Verteilungsmasse zur Verfügung haben, ergibt sich die logische Konsequenz,
1015 dass schon der reine Erhalt einer Finanzierungsgröße für eine bestimmte Aufgabe den
1016 Einspardruck auf andere Bereiche außerordentlich verschärft. Nennenswerte Ausga-
1017 bensteigerungen für bestimmte Aufgaben verlangen faktisch den Verzicht auf die
1018 Finanzierung anderer Bereiche. Die bequemste Variante wäre in einer solchen Situa-
1019 tion die Rasenmäher-Methode. Sie bedeutet aber den Verzicht auf politische Gesta-
1020 ltung. Die Kürzung von etwa 10 % aller Haushaltsansätze hätte in verschiedenen
1021 Aufgabenbereichen sehr unterschiedliche Wirkungen zur Folge. Zu einer verantwor-
1022 tungsvollen und glaubwürdigen Haushaltspolitik gehört demzufolge auch, zu sagen, in
1023 welchen Bereichen man unter den o. g. Bedingungen bereit ist zu kürzen, wenn man
1024 bestimmte Schwerpunktausgaben verteidigt.

1025

1026 Mit dem Begriff der Nachhaltigkeit hat sich ein Thema, das aus der ökologischen
1027 Bewegung stammt, auch im Bereich der Haushaltspolitik etabliert. DIE LINKE versteht
1028 jedoch unter diesem Begriff nicht, wie der neoliberale Mainstream, die bedingungslose
1029 Verhinderung von Verschuldung, sondern die Konzentration des Einsatzes öffentlicher
1030 Mittel auf Ausgaben mit einem dauerhaft positiven Effekt. Dazu zählen insbesondere
1031 Bildungsausgaben, die nicht nur Investitionen im ökonomischen Sinne sind, sondern
1032 auch den Zustand der Gesellschaft insgesamt maßgeblich beeinflussen. Nachhaltigkeit
1033 bedeutet aber auch, Projekte nur dann zu initiieren, wenn ihre Finanzierung langfristig
1034 gesichert ist. Einmalige Refinanzierungen sind keine geeigneten Finanzierungsquellen
1035 für dauerhafte Ausgaben.

1036

1037 Für die Haushaltspolitik der Fraktion Die LINKE benötigen wir eine komplexe Betrach-
1038 tung der Entwicklung des Personals im öffentlichen Dienst. Zum einen berechtigt der
1039 Fakt, dass eine Stelle im öffentlichen Dienst auch ein Arbeitsplatz ist, deren Existenz
1040 nicht ausreichend. Zum anderen kritisieren wir die Stigmatisierung von Personalkosten
1041 als Ursache für die Krise der öffentlichen Kassen. Öffentliche Daseinsvorsorge benö-
1042 tigt Personal im Land und den Kommunen genauso wie bei freien Trägern oder privat-
1043 wirtschaftlichen Arbeitgebern, die öffentliche Aufträge ausführen. Entscheidend ist
1044 vielmehr, wie mit Hilfe der getätigten Ausgaben für das Personal der optimale Nutzen
1045 für die öffentliche Daseinsvorsorge garantiert werden kann.

1046 Eines der schwerwiegendsten Probleme kommunaler Haushaltspolitik ist neben der
1047 allgemeinen Finanzkrise der geringe kommunalpolitische Spielraum als Resultat viel-
1048 fältiger Fördermittel-Abhängigkeiten vom Land, dem Bund und der EU. Im Interesse

1049 der Wahrung kommunaler Selbstverwaltung muss linke Kommunalpolitik diese
1050 Abhängigkeit verringern und die Spielräume erhöhen. Dies bedeutet jedoch letztlich
1051 auch Verzicht auf landespolitischen Einfluss, der nicht selten von Betroffenen kommu-
1052 naler Haushaltspolitik gerade gegenüber der LINKEN eingeklagt wird. Dies ist vor
1053 allem deshalb verständlich, weil Ausgaben in politisch hochsensiblen Bereichen
1054 oftmals den Status freiwilliger Aufgaben haben und somit drohen, der Haushaltskon-
1055 solidierung anheim zu fallen.

1056 Linke Haushaltspolitik bewegt sich also in diesem Spannungsfeld zwischen Sicherung
1057 der kommunalen Selbstverwaltung und dem Geltendmachen eines politischen Profils,
1058 vor allem im Bereich der Sozial- und Kulturpolitik. Ein konzeptioneller Ansatz dafür ist
1059 die Einführung von zweckgebundenen Pauschalen, wie die Jugendpauschale, die eine
1060 inhaltliche Bestimmung durch das Land enthalten, gleichzeitig aber einen Spielraum
1061 für kommunale Entscheidungsträger eröffnet. Sie sind oftmals ein gangbarer Kompro-
1062 miss, lösen das Spannungsfeld aber nicht auf. Letztlich muss sich DIE LINKE dazu
1063 bekennen, dass eine eindeutige inhaltliche Zuständigkeit entweder der Kommune oder
1064 des Landes auch eine eindeutige finanzielle Verantwortung bedeutet, die mit dem
1065 Argument der leeren Kassen weder auf der einen noch auf der anderen Seite außer
1066 Kraft gesetzt werden kann, da dieses Argument für Kommunen und Land in gleichem
1067 Maße zutrifft.

1068

1069

1070 **5. Die haushaltspolitischen Schwerpunkte für den Doppelhaushalt 2008/09** 1071 **sowie der Legislaturperiode bis 2011**

1072

1073 Haushalte sind in Zahlen gegossene Politik. Angesichts der gegenwärtig von uns nur
1074 bedingt beeinflussbaren Rahmenbedingungen müssen die haushaltspolitischen
1075 Zielstellungen der LINKEN ihr politisches Profil wiedergeben und eindeutige Schwer-
1076 punktsetzungen, die für die Öffentlichkeit nachvollziehbar sind, transportieren.

1077

1078 Eine wirkliche Konzentration auf einige wenige Schwerpunkte ist unabdingbar. Dazu
1079 gehören:

1080

1081 a) *Die Förderung von Bildung und Wissenschaft*

1082 Die Schwerpunktbildung in diesem Bereich folgt den Beschlüssen der Landes-
1083 parteitage seit vielen Jahren und ist seit 2004 Landesparteitagsbeschluss.

1084

1085 Dieser Bereich stellt auch die sozialpolitische Kernkompetenz in Landeszu-
1086 ständigkeit dar. Damit negieren wir nicht, dass die große Zahl von Menschen in
1087 Sachsen-Anhalt, die sich in prekären Lebenssituationen befinden, zuerst eine
1088 Verbesserung und Stabilisierung ihrer sozialen Rahmenbedingungen brauchen
1089 und ein besserer Zugang zur Bildung erst unter dieser Voraussetzung wirklich
1090 Erfolg zeigen kann. Diese sozialen Rahmenbedingungen werden jedoch fast
1091 ausschließlich durch bundespolitische Verantwortung definiert (Hartz IV,
1092 gesetzlicher Mindestlohn). Im Landeshaushalt selbst rückt deshalb soziale
1093 Gerechtigkeit im Bildungsbereich an erste Stelle.

1094

1095 Seit dem Volksbegehren und dem Volksentscheid in der vergangen-
1096 laturperiode zur Betreuung in den Kindertagesstätten vertreten wir als einzige
1097 Partei im Parlament konsequent den sozial gerechten Zugang zur Bildungsein-
1098 richtung Kindertagesstätte. Es ist ein Skandal, dass in einem Land, in dem etwa
1099 ein Drittel aller Kinder unter Hartz IV-Bedingungen leben und in dem fast die
1100 Hälfte aller Kinder in von Arbeitslosigkeit betroffenen Elternhäusern auf-
1101 wachsen, der Zugang zur Kindertagesstätte vom Erwerbsstatus der Erziehungs-
1102 berechtigten abhängig ist. Hier werden Kindern aus einkommensschwächeren
1103 Familien von vornherein Entwicklungsperspektiven verbaut. Deshalb benötigen
1104 wir den Zugang aller Kinder zur Ganztagsbetreuung in der Kindertagesstätte.
1105 Immer dann, wenn sich Familien dafür entscheiden, diese Ganztagsbetreuung in
1106 Anspruch zu nehmen, können wir davon ausgehen, dass dies zum Wohle des
1107 Kindes ist.

1108

1109 Die Kosten für diese Forderung betragen 25 Mio. € jährlich.

1110

1111 Ein weiteres Defizit im Bereich der Kindertagesstätten besteht in der inhalt-
1112 lichen Qualifizierung. Obwohl nunmehr der Bildungsauftrag gesetzlich verankert
1113 ist, fehlen die Voraussetzungen in den Einrichtungen zur Umsetzung dieses
1114 Auftrages bzw. haben sich diese deutlich verschlechtert. Im Kern geht es dabei
1115 um die Vor- und Nachbereitung der Betreuungszeiten, die z. Z. keine Berück-
1116 sichtigung finden. Diese müssen anerkannter Bestandteil der Arbeitszeit
1117 werden.

1118

1119 Diese Forderung bewirkt Mehrkosten in Höhe von 6 Mio. € jährlich.

1120

1121 Der schulische Bereich ist in Sachsen-Anhalt dadurch gekennzeichnet, dass ein
1122 sehr hoher Mitteleinsatz pro Schüler, der sich in Sachsen-Anhalt vor allem in
1123 einem hohen Personalbestand äußerst, nicht zu den gewünschten Ergebnissen
1124 führt. Das gegliederte Schulsystem behindert die Kompensation sozialer Nach-
1125 teile und damit vernünftige Entwicklungschancen für einen großen Teil der
1126 Schüler. Darüber hinaus gibt es weitere strukturelle Defizite, z. B. in der Schul-
1127 entwicklungsplanung, die zu einem krassen Missverhältnis zwischen Mittelein-
1128 satz und Ergebnis führen.

1129 Im Bereich der Schule müssen strukturelle und inhaltliche Maßnahmen dazu
1130 führen, dass die Resultate den hohen Einsatz von Landesmitteln rechtfertigen.

1131

1132 Eine der strategischen Fehlentscheidungen der letzten und der jetzigen Landes-
1133 regierung ist die bis ins Haushaltsjahr 2008 hineinreichende Absenkung der
1134 Hochschulbudgets. Damit hat das Land Sachsen-Anhalt einen eigenen Beitrag
1135 geleistet, die Abwanderung von jungen Menschen mit hohen Schulabschlüssen
1136 zu beschleunigen. Es ist paradox, wenn diejenigen, die dafür verantwortlich
1137 sind, gleichzeitig über Nachhaltigkeit von Haushaltspolitik reden und die Abwan-
1138 derung junger qualifizierter Menschen beklagen. Bis 2010 verlassen die letzten

1139 geburtenstarken Jahrgänge die Gymnasien in Sachsen-Anhalt und entscheiden
1140 in diesem Zeitraum, ob sie Sachsen-Anhalt sofort verlassen oder zumindest den
1141 Versuch unternehmen, sich hier eine Lebensperspektive aufzubauen.

1142
1143 Deswegen fordern wir die Aufstockung der Hochschulbudgets gegenüber dem
1144 Haushaltsjahr 2007 um 30 Mio. € für die Haushaltsjahre 2008 bis 2011.
1145 Damit sollen sowohl der erhöhte Bedarf auf Grund des doppelten Abiturjahr-
1146 ganges 2007 und der Anforderungen aus dem Hochschulpakt und dem
1147 Bologna-Prozess berücksichtigt, der gebührenfreie Zugang zum Studium
1148 erhalten, die viel zu niedrige Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern aufge-
1149 stockt sowie der schrittweise Aufbau einer Hochschulausbildung für Erziehe-
1150 rInnen im frühkindlichen Bereich in Angriff genommen werden.
1151 Daneben existiert im Bereich Bildung und Wissenschaft ein Finanzierungsbedarf
1152 für die Entlastung von Kosten der Schülerbeförderung im Bereich der Sekundar-
1153 stufe 2. Da diese Kosten bisher nicht öffentlich getragen werden, besteht nicht
1154 nur in Familien, die von Hartz IV betroffen sind, die Gefahr, dass Bildungswege
1155 allein dadurch versperrt werden, dass sich diese Familien die Beförderung-
1156 kosten zum Gymnasium oder zu einer Berufsschule nicht mehr leisten können.
1157 Deswegen muss auch diese soziale Bildungsschranke beseitigt werden.

1158
1159 Diese Forderung zieht jährliche Mehrkosten in Höhe von 4 Mio. € nach sich.

1160
1161 Damit betragen die Mehrkosten gegenüber dem laufenden Haushalt 2007 in
1162 diesem Bereich auf Grund unserer Forderungen 66 Mio. €.

1163
1164 Da die Ausgaben *im Bereich Wissenschaft und Forschung, Bildung und Kultur*
1165 *sowie Kindertagesstätten* etwa 2,3 Mrd. € ausmachen wird deutlich, dass allein
1166 diese Mehrkosten bei einer generellen Reduzierung der zur Verfügung stehen-
1167 den Haushaltsmittel um etwa 10 % bis zum Ende der Legislaturperiode einen
1168 extremen Druck auf die Reduzierung der Ausgaben in allen anderen Bereichen
1169 zur Folge haben. Deshalb ist es unabdingbar, auch innerhalb dieses Bereiches
1170 Ausgaben kritisch zu hinterfragen und möglicherweise zur Disposition zu
1171 stellen.

1172
1173 *b) Die Finanzaufweisungen des Landes an die Kommunen*

1174 Einer der zentralen Schwerpunkte unserer politischen Argumentation ist die
1175 Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge.

1176 Diese findet zuerst in den Kommunen statt. Die Situation dort ist jedoch
1177 dadurch gekennzeichnet, dass vor allem diejenigen Kommunen, die zentrale
1178 Funktionen der Daseinsvorsorge erfüllen, immer stärker durch Haushalts-
1179 notlagen geprägt sind. Die insgesamt positive Entwicklung der Gewerbesteuer-
1180 einnahmen trifft nur auf eine Minderheit der Kommunen in Sachsen-Anhalt zu.
1181 Die Möglichkeiten der Kreditaufnahmen sind vielfach erschöpft oder werden
1182 von der Kommunalaufsicht unterbunden. Zinslasten steigen ebenso wie von
1183 den Kommunen nicht beeinflussbare Kostenfaktoren.

1184
1185
1186
1187
1188
1189
1190
1191
1192
1193
1194
1195
1196
1197
1198
1199
1200
1201
1202
1203
1204
1205
1206
1207
1208
1209
1210
1211
1212
1213
1214
1215
1216
1217
1218
1219
1220
1221
1222
1223
1224
1225
1226
1227
1228

Auf Grund der allgemeinen Krise öffentlicher Haushalte als Konsequenz neoliberaler Steuerpolitik ist das Land objektiv nicht in der Lage, den Kommunen die Finanzen in voller Höhe zukommen zu lassen, die für die notwendige Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge notwendig wären.

Wir plädieren dafür, dass es endlich eine Überprüfung der Verfassungskonformität der Finanzausweisungen des Landes an die Kommunen gibt. Wir wissen aber auch, dass auch ein solches Ergebnis strittig bleiben wird und dass dadurch die im Land als auch in den Kommunen zur Verfügung stehenden Finanzmassen nicht steigen werden.

Trotzdem wehren wir uns dagegen, dass sich das Land auf Kosten der Kommunen konsolidiert. Deshalb treten wir für eine Beibehaltung der Anteile der Kommunen an den Gemeinschaftssteuern und Sonderzuweisungen für die nächsten beiden Jahre in der bisherigen Höhe ein.

Dadurch würden sich die Ausgaben des Landes für die Kommunen durch das Finanzausgleichsgesetz nach den bisherigen Steuerschätzungen im Jahre 2008 um 34 Mio. € und gegenüber dem Jahr 2007, im Haushaltsjahr 2009 um 55 Mio. € (1,77 Mrd. €) erhöhen.

Durch diese aus der Sicht der Kommunen viel zu niedrige Erhöhung, aus der Sicht des Landes aber an die Grenze der Belastbarkeit reichenden Mehrausgaben, kommt es im Landeshaushalt zu einer weiteren Verschärfung der Konsolidierungszwänge von etwa 220 Mio. €, da die gesamte Summe der Finanzausgleichsmasse für das durchschnittliche Absinken um 10 % aller Ausgaben ebenfalls nicht mehr zur Verfügung steht.

In diesem Zusammenhang wird deutlich, dass diese Refinanzierung dann auch Bereiche treffen wird, die zu den zweckgebundenen Ausgaben des Landes an die Kommunen zählen.

Ab dem Haushaltsjahr 2010 streben wir, anders als die Landesregierung, kein radikales Absenken der Finanzausweisungen des Landes an die Kommunen an. Vielmehr ist es unser Ziel, die im Jahr 2009 erreichte Summe von 1,77 Mrd. € im Finanzausgleichsgesetz auch weiterhin zu garantieren, dabei jedoch in Kauf zu nehmen, dass bei weiter steigenden Steuereinnahmen der Anteil der Kommunen an den Landeseinnahmen sinkt. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass die Entwicklung der Gewerbesteuererinnahmen nicht gegen die Finanzausgleichsmasse des Landes aufgerechnet wird. Dadurch würden die Gesamteinnahmen der Kommunen im Land auch nach 2009 weiter steigen können, ohne dass die Finanzausgleichsmasse erhöht wird.

1229 c) *Die Stabilisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge durch den öffentlichen Dienst*
1230 Eines der zentralen Angriffsfelder neoliberaler Politik ist die Diskreditierung der
1231 Ausgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge im Bereich des öffentlichen
1232 Dienstes. Um die Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge in hoher Qualität
1233 erfüllen zu können, benötigen wir jedoch einen öffentlichen Dienst, der unter
1234 quantitativen und qualitativen Aspekten diesen Anforderungen gerecht wird.
1235 Die Diskussion um zu hohe Personalkosten ist insofern ihrem Kern nach häufig
1236 nicht immer eine Diskussion um das Aufrechterhalten oder den Abbau der
1237 öffentlichen Daseinsvorsorge.

1238
1239 Trotzdem wissen auch wir, dass der Umfang des öffentlichen Dienstes bei
1240 weitem nicht immer die Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge bestimmt.
1241 Zum einen können die Strukturen des öffentlichen Dienstes dem entgegen
1242 stehen, z. B. ein dreistufiger Verwaltungsaufbau, das gegliederte Schulsystem
1243 oder mangelnde Flexibilität innerhalb des öffentlichen Dienstes auf Grund
1244 fehlender Qualifikationskapazitäten. Zum anderen können Aufgaben der
1245 öffentlichen Daseinsvorsorge auch außerhalb des öffentlichen Dienstes in
1246 hoher Qualität realisiert werden, wie nicht wenige Freie Träger im Bereich der
1247 Kinderbetreuung unter Beweis stellen.

1248
1249 In Abwägung aller Rahmenbedingungen wendet sich DIE LINKE gegen einen
1250 schematischen Abbau der öffentlichen Bediensteten im Land, der sich aus-
1251 schließlich aus oftmals nicht transparenten Vergleichsgutachten mit anderen
1252 Ländern ergibt.

1253 DIE LINKE stellt sich das Ziel, unterstützt durch eine Enquetekommission im
1254 Landtag, aufgabenbezogenen Personalentwicklung im Landesdienst zu prognos-
1255 tizieren. Vor dem Hintergrund der geschilderten Rahmenbedingungen werden
1256 wir jedoch auch hier nicht das Optimum zur Grundlage unserer Entscheidung
1257 machen können, sondern Prioritäten und Konsolidierungsbedarfe gegenein-
1258 ander abzuwägen haben.

1259
1260 Neben diesen aufgabenspezifischen Betrachtungen sind wir jedoch in Sachsen-
1261 Anhalt mit besonderen Problemen konfrontiert. Dazu gehört die bereits unter
1262 Punkt 5 b dargestellte Abwanderung gut qualifizierter junger Menschen, insbe-
1263 sondere von Frauen. Die Politik muss hier gegensteuern und dem öffentlichen
1264 Dienst eine Einstellungspolitik ermöglichen, die dem entgegensteuert. Das ist
1265 auch deshalb notwendig, um gegenüber dem privatwirtschaftlichen Bereich
1266 glaubhaft eine Vorbildfunktion zu erfüllen. Viele junge Menschen suchen in
1267 Sachsen-Anhalt eine Perspektive, benötigen dazu aber einen Arbeitsplatz, auch
1268 im öffentlichen Dienst.

1269
1270 Eine dauerhafte Überdimensionierung des öffentlichen Dienstes allein aus
1271 Gründen der Arbeitsplatzschaffung wird von uns abgelehnt. Wir schlagen einen
1272 zeitlich begrenzten erhöhten Einstellungskorridor von 700 Neueinstellungen je
1273 Haushaltsjahr bis zum Ende der Legislaturperiode vor. Das sind jährlich 400

1274 Einstellungen mehr als im Kabinettsbeschluss der Landesregierung vorge-
1275 sehen, aber immer noch durchschnittlich nur zwei Drittel der Stellen, die durch
1276 Altersabgänge frei werden.

1277

1278 Diese 700 Neueinstellungen pro Jahr entsprechen dem durch die Ministerien
1279 angemeldeten Personalbedarf bis 2011. Die im Verhältnis zum Kabinetts-
1280 beschluss der Landesregierung entstehenden Mehrkosten betragen im Jahr
1281 2008 16 Mio. €, im Jahr 2009 32 Mio. €, 2010 48 Mio. € und im Jahr 2011
1282 64 Mio. €. Das entspricht einer jährlichen durchschnittlichen Mehrbelastung
1283 von 40 Mio. €. Für die folgenden Jahre enthält der Regierungsbeschluss
1284 deutlich höhere Neueinstellungen, ab dem Jahr 2015 mehr als 1000 pro Jahr.
1285 Unser Vorschlag ist, einen Teil der dort neu vorgesehenen Neueinstellungen
1286 schon in dieser Legislaturperiode zu realisieren, um jungen Menschen, die hier
1287 jetzt eine Perspektive suchen, eine Chance zu geben.

1288 Nach 2011 wird sich die Zahl der Berufseinsteiger auf Grund des Geburten-
1289 knicks nach der Wende radikal verringern. Ab diesem Zeitpunkt werden junge
1290 Menschen in Sachsen-Anhalt mit einer entsprechenden Berufsausbildung im
1291 viel größeren Maße Perspektiven außerhalb des öffentlichen Dienstes bekom-
1292 men. Somit wird ab diesem Zeitpunkt der Einstellungskorridor im öffentlichen
1293 Dienst, der laut Kabinettsbeschluss der Landesregierung ab dem Jahr 2017 bei
1294 über 1150 liegt, kaum noch positive Auswirkungen auf die demografische Ent-
1295 wicklung im Land haben.

1296

1297 Es ist absehbar, dass in einigen Bereichen des öffentlichen Dienstes ab 2012
1298 bei weitem nicht so viel Absolventen zur Verfügung stehen werden, wie selbst
1299 nach Beschlusslage der Landesregierung, benötigt werden. Ab 2014 sollen pro
1300 Jahr beispielsweise mehr als 300 (ab dem Jahre 2017 mehr als 400) LehrerIn-
1301 nen eingestellt werden. Angesichts der aktuellen Ausbildungszahlen in
1302 Sachsen-Anhalt ist das nicht realistisch. Es kann nicht erwartet werden, dass
1303 Absolventen aus anderen Ländern in nennenswerter Zahl nach Sachsen-Anhalt
1304 kommen. Es zeichnet sich bereits jetzt im gesamten deutschsprachigen Raum
1305 ein erheblicher Mangel an Lehrern ab. Vor diesem Hintergrund ist es notwen-
1306 dig, den Neueinstellungskorridor im Bereich der LehrerInnen zu erhöhen, ob-
1307 wohl das Arbeitskräftevolumen in diesem Bereich noch ausreichend vorhanden
1308 ist.

1309

1310 Auch im Bereich der Polizei wird deutlich, dass ein weiteres Hinauszögern
1311 nennenswerter Neueinstellungen zur massiven Überalterung in diesem Bereich
1312 führen wird.

1313

1314 d) *Gesamthaushalterische Betrachtung weiterer Schwerpunkte*

1315 Die unter den Punkten a, b und c beschriebenen politischen Schwerpunkte
1316 verursachen gegenüber dem bisherigen Ausgabenvolumen oder den Positionen
1317 der Landesregierung eine erhebliche finanzielle Mehrbelastung. Die prognos-
1318 tizierte Absenkung der insgesamt zur Verfügung stehenden Finanzsumme muss

1319 auf alle anderen politisch beeinflussbaren Positionen konzentriert werden.
1320 Daraus resultiert überall dort ein Reduzierungsbedarf von weit über 10 %. Mit
1321 jeder weiteren Forderung nach dem Erhalt des Status quo oder zusätzlicher
1322 Ausgaben würde sich dieses Problem immer weiter zuspitzen. Letztlich würde
1323 ein solches Konzept faktisch nicht umsetzbar sein und würde deshalb auch
1324 keine politische Wirkung durch die Opposition entfalten.

1325
1326 Deshalb müssen weitere wichtige politische Schwerpunkte, wie z. B. das
1327 Landesprogramm gegen Rechtsextremismus (1 Mio. € jährlich) aus einer in
1328 dem betroffenen Haushaltsplan insgesamt sinkenden Finanzmasse refinanziert
1329 werden.

1330
1331 Die Landtagsfraktion wird mit den vorliegenden Schwerpunkten in die Verhandlungen
1332 zum Doppelhaushalt 2008/09 gehen. Sie dienen darüber hinaus als Grundlage für das
1333 haushaltspolitische Handlungskonzept in dieser Legislaturperiode.

1334
1335
1336
1337
1338
1339
1340
1341
1342
1343
1344
1345
1346
1347
1348
1349
1350
1351
1352
1353
1354
1355
1356
1357
1358
1359
1360
1361
1362
1363

1364 DIE LINKE. Sachsen-Anhalt
1365 Landesvorstand

28. Juli 2007

1366

1367

Antrag

1368

an den

1369

1. Landesparteitag der Partei DIE LINKE. Landesverband Sachsen-Anhalt

1370

vom 14. bis 16. September 2007 in Magdeburg

1371

1372

1373 **Feststellung der Kreisverbandsstruktur der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt**

1374 **entsprechend der Beschlusslage der 5. Tagung des 9. Landesparteitages der**

1375 **Linkspartei.PDS, der Durchsetzung des Gesetzes zur Kreisneugliederung**

1376 **(LKGebNRG) vom 11.11.2005 und im Ergebnis der Kommunalwahlen vom**

1377 **22.04.2007 sowie des Gründungsparteitages der Partei DIE LINKE**

1378

1379 Der Landesparteitag stellt folgende Gebietsverbände im Land Sachsen-Anhalt fest:

1380

1381

1382 **In den kreisfreien Städten:**

1383

1384 Dessau-Roßlau - DIE LINKE. Stadtverband Dessau-Roßlau

1385

1386 Halle (Saale) - DIE LINKE. Stadtverband Halle (Saale)

1387

1388 Magdeburg - DIE LINKE. Stadtverband Magdeburg

1389

1390

1391 **In den Landkreisen:**

1392

1393 Altmarkkreis Salzwedel - DIE LINKE. Kreisverband Altmarkkreis Salzwedel

1394

1395 Anhalt-Bitterfeld - DIE LINKE. Kreisverband Anhalt-Bitterfeld

1396

1397 Börde - DIE LINKE. Kreisverband Börde

1398

1399 Burgenlandkreis - DIE LINKE. Kreisverband Burgenlandkreis

1400

1401 Harz - DIE LINKE. Kreisverband Harz

1402

1403 Jerichower Land - DIE LINKE. Kreisverband Jerichower Land

1404

| | | |
|------|------------------|--|
| 1405 | Mansfeld-Südharz | - DIE LINKE. Kreisverband Mansfeld-Südharz |
| 1406 | | |
| 1407 | Saalekreis | - DIE LINKE. Kreisverband Saalekreis |
| 1408 | | |
| 1409 | Salzland | - DIE LINKE. Kreisverband Salzland |
| 1410 | | |
| 1411 | Stendal | - DIE LINKE. Kreisverband Stendal |
| 1412 | | |
| 1413 | Wittenberg | - DIE LINKE. Kreisverband Wittenberg |
| 1414 | | |
| 1415 | | |
| 1416 | | |
| 1417 | | |
| 1418 | | |
| 1419 | | |
| 1420 | | |
| 1421 | | |
| 1422 | | |
| 1423 | | |
| 1424 | | |
| 1425 | | |
| 1426 | | |
| 1427 | | |
| 1428 | | |
| 1429 | | |
| 1430 | | |
| 1431 | | |
| 1432 | | |
| 1433 | | |
| 1434 | | |
| 1435 | | |
| 1436 | | |
| 1437 | | |
| 1438 | | |
| 1439 | | |
| 1440 | | |
| 1441 | | |
| 1442 | | |
| 1443 | | |
| 1444 | | |
| 1445 | | |
| 1446 | | |
| 1447 | | |
| 1448 | | |
| 1449 | | |

1452

1453

Antrag

1454

an den

1455

1. Landesparteitag der Partei DIE LINKE. Landesverband Sachsen-Anhalt

1456

vom 14. bis 16. September 2007 in Magdeburg

1457

1458

1459

1460

Landessatzung § 21 Zusammensetzung und Wahl des Landesausschusses

1461

1462

Der Abschnitt (4) des § 21 regelt, dass der Landesparteitag die Mitglieder mit

1463

beratender Stimme bestimmt. Dem Landesparteitag wird daher folgender

1464

Beschlussvorschlag vorgelegt:

1465

1466

Der Landesparteitag beschließt entsprechend § 21 Abschnitt (4) folgende Zusammen-

1467

setzung der Mitglieder mit beratender Stimme für den Landesausschuss:

1468

1469

- zwei Mitglieder der Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt

1470

- ein Mitglied der Landesgruppe Sachsen-Anhalt der Fraktion der DIE LINKE. im

1471

Bundestag

1472

1473

1474

Die oben genannten Mitglieder werden in einer Versammlung der Landtagsfraktion

1475

bzw. der Landesgruppe Sachsen-Anhalt der Bundestagsfraktion durch Wahl ent-

1476

sprechend der Wahlordnung der Partei DIE LINKE bestimmt.

1477

1478

1479

1480

1481

1482

1483

1484

1485

1486

1487

1488

1489

1490

1491

1494

Bericht des Landesvorstandes

1495

1496

1497

an den

1498

1. Landesparteitag der Partei DIE LINKE. Landesverband Sachsen-Anhalt
vom 14. bis 16. September 2007 in Magdeburg

1499

1500

1501

1502

1503

1504

1505

1506

1507

1508

Der Landesvorstand wurde auf der 1. Tagung des 9. Landesparteitages der PDS Sachsen-Anhalt in einer Stärke von 18 Mitgliedern gewählt. Gemäß der mit der WASG geschlossenen Vereinbarung vom 17. März 2007 und der Bestätigung durch den Parteivorstand der Partei DIE LINKE wurden mit Wirkung zum 17. Juni 2007 drei ehemalige Mitglieder der WASG in den Landesvorstand kooptiert. Der Landesvorstand ist in dieser Wahlperiode 36-mal zusammengetreten.

1509

1510

I. Parteibildungsprozess / Wahlen

1511

1512

1513

1514

1515

1516

1517

Noch vor der Wahl des Landesvorstandes im Juni 2005 hatte die parteiinterne und vor allem auch öffentliche Diskussion über ein mögliches Zusammengehen von PDS und WASG bei den vorgezogenen Bundestagswahlen begonnen. Der sich daran anschließende zweijährige Parteibildungsprozess hat die Arbeit des Landesvorstandes bis zuletzt maßgeblich geprägt. Schließlich war für den Landesvorstand die Vorbereitung der Gründung der neuen Partei DIE LINKE in Sachsen-Anhalt bis zum Ende seiner Amtszeit die zentrale Herausforderung.

1518

1519

1520

1521

1522

1523

1524

1525

1526

1527

1528

1529

1530

Unmittelbar nach der Konstituierung des Landesvorstandes wurde der Kontakt zum Landesvorstand der WASG in Sachsen-Anhalt aufgenommen. Am 7. Juli 2005 trafen sich erstmals die direkt gewählten Mitglieder des Landesvorstandes mit der Verhandlungsgruppe der WASG zu einem Gespräch. Wichtigster Bestandteil dieses Treffens war die Vorbereitung der VertreterInnenversammlung zur Wahl der BewerberInnen für die Landesliste der PDS Sachsen-Anhalt für die Wahl zum 16. Deutschen Bundestag. In diesem Gespräch konnte Einvernehmen bezüglich der Vorschläge des Landesvorstandes für die Landesliste erzielt werden. Dies beinhaltete im Wesentlichen: 1) der Landesvorstand der PDS wirbt auf der VertreterInnenversammlung für die Nominierung der PDS-Mitglieder Petra Sitte, Katrin Kunert, Roland Claus und Jan Korte auf den vorderen Listenplätzen und für die Wahl von Petra Sitte als Spitzenkandidatin sowie 2) der Landesvorsitzende der PDS wird die VertreterInnenversammlung auffordern, die Kandidatinnen und Kandidaten der WASG angemessen zu berücksichtigen.

1531 Die VertreterInnenversammlung am 10. Juli 2005 folgte diesem Herangehen mit
1532 großer Mehrheit und wählte (in dieser Reihenfolge) Petra Sitte, Jan Korte, Katrin
1533 Kunert und Roland Claus (alle PDS) sowie Elke Reinke (WASG) auf die ersten fünf
1534 Listenplätze.

1535 Auf seiner Sitzung am 30. Juli 2005 unterstützte der Landesvorstand die vereinbarte
1536 Schwerpunktsetzung der Bundesebene zur Bundestagswahl, die einen konzentrierten
1537 Zweitstimmenwahlkampf im Mittelpunkt der Kampagne vorsah. Der Landesvorstand
1538 sprach sich deshalb auch dafür aus, keinen Erststimmenwahlkampf in Sachsen-Anhalt
1539 zu organisieren und warb bei den Kreiswahlbüros darum, dieser Intention zu folgen.

1540 Nachdem am 17. Juli 2005 auf einer außerordentlichen Tagung des Bundesparteitages
1541 der Name der Partei in „Die Linkspartei“ mit der Zusatzbezeichnung „PDS“ (Kurzform
1542 „Die Linke“) mit großer Mehrheit beschlossen wurde, trat am 19. Juli 2005 gemäß
1543 Einberufung durch den Landesvorstand der Landesparteitag zu seiner 2. (außerordent-
1544 lichen) Tagung in Magdeburg zusammen, um diese Namensänderung für den Landes-
1545 verband Sachsen-Anhalt nachzuvollziehen. 73 Prozent der gewählten Delegierten
1546 gaben ihre Zustimmung. Mit dieser Namensbezeichnung zog der Landesverband
1547 vereinbarungsgemäß auch in den Bundestagswahlkampf. Mit der Änderung des
1548 Namens folgten die Mitglieder und Gremien der PDS einer wesentlichen Bedingung
1549 der WASG für einen gemeinsamen Antritt bei der Bundestagswahl.

1550 In einem kurzen, aber aufgrund einer spürbaren Begeisterung bezüglich des abge-
1551 stimmten Antrittes von Linkspartei und WASG sowie der gemeinsamen Spitzen-
1552 kandidatur von Oskar Lafontaine und Gregor Gysi äußerst engagierten Wahlkampf
1553 konnte unsere Partei ihr bisher bestes Zweitstimmenergebnis bei Bundestagswahlen
1554 in Sachsen-Anhalt erzielen. Mit 26,6 Prozent war dies darüber hinaus gemeinsam mit
1555 Brandenburg das beste Ergebnis bundesweit. Dieses sehr gute Wahlergebnis sorgte
1556 für den Einzug der ersten fünf KandidatInnen unserer Landesliste in den Bundestag
1557 und damit auch eines Mitgliedes der WASG.

1558 Unmittelbar nach der Bundestagswahl galt es für den Landesvorstand der Links-
1559 partei.PDS, gemeinsam mit dem Landesvorstand der WASG die Landtagswahl im März
1560 2006 vorzubereiten. Dazu fanden mehrere ausführliche Gespräche der Verhandlungs-
1561 gruppen beider Vorstände statt. Aufgrund interner Auseinandersetzungen im Landes-
1562 verband der WASG gab es zur Frage der Kandidaturen von WASG-Mitgliedern zur
1563 Landtagswahl keinen abgestimmten Vorschlag. Einvernehmlich verständigten sich die
1564 Vorstände beider Parteien allerdings darauf, dem Vorbild der Bundestagswahl folgend
1565 zur Landtagswahl 2006 mit einer Offenen Liste der Linkspartei anzutreten, auf der
1566 auch Mitglieder der WASG vertreten sein sollten. Darüber hinaus gab es zwischen den
1567 Landesvorständen eine Verständigung zu den wesentlichen Inhalten des Wahlpro-
1568 gramms der Linkspartei.

1569 Bereits die 1. Tagung des 9. Landesparteitages der PDS hatte Wulf Gallert als
1570 Kandidaten unserer Partei für das Amt des Ministerpräsidenten in Sachsen-Anhalt

1571 nominiert und gleichzeitig den Landesvorstand beauftragt, der VertreterInnenver-
1572 sammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Landtagswahl einen Vorschlag für eine
1573 politische Kernmannschaft und damit für die vorderen Listenplätze zu unterbreiten.
1574 Gemäß dieser Beschlusslage wurden die Kreisverbände in die Zusammenstellung
1575 dieser Kernmannschaft einbezogen und durch den Landesvorstand aufgefordert, dazu
1576 ihrerseits Vorschläge zu machen. Ebenso einbezogen war der Landesparteirat. Im
1577 Zuge mehrerer ausführlicher Beratungen im Landesvorstand wurde am 18. Oktober
1578 2005 die Kernmannschaft in geheimer Abstimmung in folgender Reihenfolge zusam-
1579 mengestellt: Helga Paschke, Birke Bull, Matthias Höhn, Gudrun Tiedge, Frank Thiel,
1580 Angelika Klein, Guido Henke und Sabine Dirlich.

1581 Am 24. September 2005 wurde durch den Landesvorstand der Entwurf des Wahlpro-
1582 gramms zur Landtagswahl 2006 in Sachsen-Anhalt „In Sachsen-Anhalt leben und
1583 Zukunft gestalten – modern und sozial gerecht“ beschlossen. Die 3. Tagung des 9.
1584 Landesparteitages am 12. November 2005 folgte diesem Entwurf mit einigen
1585 Änderungen im Wesentlichen mit großer Mehrheit.

1586 Wie vereinbart wurde der VertreterInnenversammlung am 13./19./20. November
1587 2005 durch den Landesvorstand der Vorschlag unterbreitet, Wulf Gallert auf Platz 1
1588 der Landesliste zu setzen und ihm eine 8-köpfige Kernmannschaft (siehe oben) zur
1589 Seite zu stellen. Die VertreterInnenversammlung schloss sich diesem Personalvor-
1590 schlag mit einer Ausnahme an. Gleichzeitig wurden mit Dolores Rente (Platz 11) und
1591 Jutta Fiedler (Platz 21) zwei Mitglieder der WASG auf aussichtsreiche Listenplätze
1592 gewählt, weitere drei Mitglieder der WASG auf den nächsten Plätzen.

1593 Am 13. Dezember 2005 wurde die Wahlstrategie zur Landtagswahl 2006 durch den
1594 Landesvorstand beschlossen. Es folgte eine weitere ausführliche Verständigung zur
1595 Wahlstrategie/ Wahldramaturgie/ Kampagne Landtagswahl mit der Landtagsfraktion
1596 auf der gemeinsamen Klausurberatung am 14./15. Januar 2006 in Elgersburg.
1597 Kernpunkt dieser Wahlstrategie war, mit dem Antritt eines MP-Kandidaten gleichzeitig
1598 den Anspruch zu vermitteln, mit einem eigenständigen politischen Profil stärkste
1599 Partei in Sachsen-Anhalt werden zu wollen und für politische Mehrheiten zu streiten,
1600 um einen Richtungswechsel in Sachsen-Anhalt möglich zu machen. Diesem Anspruch
1601 folgend wurde die Wahlkampagne in hohem Maße auf Wulf Gallert als Person und das
1602 Werben um die Zweitstimme für die Linkspartei zugeschnitten.

1603 Wenngleich bei der Landtagswahl am 26. März 2006 ein erneuter Tiefpunkt bei der
1604 Wahlbeteiligung in Sachsen-Anhalt erreicht wurde, wertete der Landesvorstand auf
1605 seiner ersten Sitzung nach der Wahl das Ergebnis von 24,1 Prozent als großen Erfolg.
1606 Zum einen war dies das beste Zweitstimmenergebnis unserer Partei bei Landtags-
1607 wahlen in unserem Bundesland seit 1990 und entscheidend für die verlorene Mehrheit
1608 von CDU und FDP. Zum anderen konnte der zweite Platz im Parteiengefüge ausgebaut
1609 und der Abstand zur SPD vergrößert werden.

1610 Der Wahlstrategie und den politischen Kernaussagen des Wahlkampfes folgend
1611 beschloss der Landesvorstand am 27. März 2006 mit Blick auf die nach der Wahl
1612 vorhandene Mehrheit der Stimmen von Linkspartei und SPD im Landtag, dem
1613 Landesvorstand der SPD Sachsen-Anhalt Sondierungsgespräche anzubieten. Dieses
1614 Angebot wurde seitens der SPD ohne inhaltliche Begründung abgelehnt.

1615 Neben der Vorbereitung und Organisation der gemeinsamen Wahlkämpfe von Links-
1616 partei und WASG widmeten sich sowohl der Landesvorstand der Linkspartei als auch
1617 der gesamte Landesverband sehr ausführlich den bundesweiten Diskussionen zu den
1618 Gründungsdokumenten der LINKEN.

1619 Die Programmdebatte im Zuge des Parteibildungsprozesses war auch ein Schwer-
1620 punkt der 5. Tagung des 9. Landesparteitages. Ein entsprechender Leitantrag, der
1621 ausdrücklich als Beitrag des Landesverbandes zur Programmdebatte verstanden
1622 werden sollte, wurde vom Landesvorstand am 1. August 2006 im Entwurf beschlossen
1623 und dem Parteitag vorgelegt. Dieser Leitantrag löste bundesweit zum Teil kontroverse
1624 Diskussionen innerhalb von Linkspartei und WASG aus. Der Landesparteitag folgte
1625 den Intentionen des Vorstandes mit einigen Änderungen.

1626 Darüber hinaus wurden im Herbst 2006 in allen fünf Regionen des Landesverbandes
1627 Veranstaltungen organisiert, auf denen die Mitglieder beider Parteien die durch die
1628 Bundesebene vorgelegten Entwürfe der Gründungsdokumente diskutierten. In diesen
1629 Diskussionen wurden nicht nur durch den Landesvorstand sondern auch zahlreiche
1630 Mitglieder der Parteibasis zwei wesentliche Punkte hervorgehoben: Zum einen gab es
1631 die sehr nachdrücklich vorgetragene Forderung an die Bundesspitzen beider Parteien,
1632 dass demokratisch-sozialistische Profil der neuen LINKEN deutlich klarer zu fassen.
1633 Zum anderen gab es Bedenken, die vereinbarten Übergangsregelungen in der neuen
1634 Bundessatzung würden zu einer langfristigen Benachteiligung der ostdeutschen Mit-
1635 glieder in der neuen Partei führen. Gemeinsam mit den Landesverbänden Nieder-
1636 sachsen und Bremen fand am 2. Februar 2007 eine Regionalkonferenz über die
1637 Entwürfe der Gründungsdokumente in Magdeburg statt.

1638 Linkspartei und WASG hatten sich auf Bundesebene dazu verständigt, bis spätestens
1639 20. März 2007 in den Landesverbänden schriftliche Vereinbarungen über den Ablauf
1640 der Gründung der neuen Partei in den Ländern abzuschließen. Zur Vorbereitung und
1641 Ausarbeitung einer solchen Vereinbarung trafen sich die Verhandlungsgruppen von
1642 Linkspartei und WASG in Sachsen-Anhalt wiederum mehrfach. Nachdem der Landes-
1643 vorstand der WASG bereits seine Zustimmung zu dieser ausgehandelten Vereinbarung
1644 gegeben hatte, bestätigte sie der Landesvorstand auf seiner Sitzung am 17. März
1645 2007 ebenfalls einstimmig. Sie wurde noch am selben Tag von den Landesvorsitzen-
1646 den Roland Teichmann (WASG) und Matthias Höhn (Die Linkspartei.PDS) unterzeich-
1647 net. Es wurden Regelungen bezüglich Finanz- und Vermögensangelegenheiten, der
1648 Struktur des Landesverbandes, des Ablaufes der Gründung der Stadt- und Kreisver-
1649 bände, der Zusammensetzung der Landesgremien sowie der Berechnung des
1650 Delegiertenschlüssels zum 1. Landesparteitag der Partei DIE LINKE. Landesverband

1651 Sachsen-Anhalt getroffen. Ebenso wurde in dieser Vereinbarung festgelegt, den
1652 1. Landesparteitag für den 14. bis 16. September 2007 nach Magdeburg einzu-
1653 berufen. Diese Einberufung wurde vom Landesvorstand der Linkspartei am 17. März
1654 2007 vorgenommen und vom durch die drei ehemaligen WASG-Mitglieder erweiterten
1655 Landesvorstand am 18. Juni bestätigt.

1656 Die Bundesparteitage von Linkspartei und WASG hatten auf ihren parallelen Tagungen
1657 in Dortmund beschlossen, zum Verschmelzungsvertrag beider Parteien Urabstimmun-
1658 gen in den jeweiligen Organisationen durchzuführen. Diese fand vom 30. März bis 18.
1659 Mai 2007 statt. Auch wenn der Landesverband der Linkspartei in Sachsen-Anhalt mit
1660 knapp 80 Prozent Beteiligung die Ergebnisse der anderen ostdeutschen Landesver-
1661 bände nicht ganz erreicht hat, kann und muss das Ergebnis der Urabstimmung auch in
1662 Sachsen-Anhalt als überwältigende Zustimmung gewertet werden (Beteiligung: 4679
1663 Mitglieder = 78,9 %, Ja: 4836 Stimmen = 97,3 %).

1664 Im Zuge der Gebietsreform in Sachsen-Anhalt wurden am 22. April 2007 die Kreistage
1665 bzw. Stadträte sowie die Landräte bzw. Oberbürgermeister in den neu gebildeten
1666 Territorien gewählt. Aufgrund der Regelungen des Kommunalwahlgesetzes in Sachsen-
1667 Anhalt konnte im Gegensatz zur Bundestags- und Landtagswahl diesmal das Prinzip
1668 der Offenen Liste nicht zur Anwendung kommen. Um dennoch Kandidaturen von Mit-
1669 gliedern der WASG zu ermöglichen, verständigten sich die Landesvorstände beider
1670 Parteien auf das Modell der Wahlvorschlagsverbindung.

1671 Die 5. Tagung des 9. Landesparteitages verabschiedete am 24. September 2005 ein
1672 Rahmenwahlprogramm für die Kommunalwahlen 2006, das durch die gemeinsame
1673 Arbeitsgruppe „Kommunalpolitik“ von Landesvorstand und Landtagsfraktion erarbeitet
1674 wurde. Dieses Rahmenwahlprogramm war Grundlage für die beschlossenen vor Ort
1675 unteretzten Wahlprogramme der Stadt- und Kreisverbände.

1676 Das Wahlziel bei dieser Kommunalwahl wurde vom Landesvorstand dahin gehend
1677 definiert, den mit 21,3 Prozent 2004 erreichten 2. Platz auszubauen. Dieses Ziel wurde
1678 mit 19,2 Prozent nicht erreicht. Dennoch kann das Ergebnis nicht als Niederlage
1679 gewertet werden, besonders unsere Kandidatinnen und Kandidaten zu den
1680 Personenwahlen erreichten zum Teil hervorragende Ergebnisse. Erstmals nach 2001
1681 konnte unsere Partei bundesweit mit der erfolgreichen Wahl von Jürgen Dannenberg in
1682 Wittenberg wieder einen Landratsposten erobern.

1683 Während der Vorbereitung und Durchführung des Kommunalwahlkampfes wurden aus
1684 Sicht des Landesvorstandes beidseitig erhebliche Abstimmungsdefizite zwischen
1685 Landes- und Kreisebene offensichtlich. Darüber hinaus gab es im Landesverband
1686 unterschiedliche Einschätzungen zum Konzept des Landesvorstandes für einen
1687 landesweit einheitlichen Wahlantritt. Aus Sicht des Landesvorstandes erscheint es
1688 dringend geboten, vor den nächsten landesweiten Wahlen rechtzeitig eine Diskussion
1689 über die Anlage und Organisation des Wahlkampfes zu führen und verbindliche
1690 Vereinbarungen zwischen den Ebenen zu treffen.

1691

1692

II. Strukturveränderungen / Finanzen

1693 Auf der 1. Tagung des 9. Landesparteitages der PDS wurden weit reichende Beschlüs-
1694 se zu Finanz- und Strukturfragen des Landesverbandes gefasst und entsprechende
1695 Aufträge an den Landesvorstand erteilt. Zu den tief greifendsten Einschnitten zählte
1696 hier zweifellos die Entscheidung des Landesparteitages, die Geschäftsstellen der
1697 Kreisverbände bis Mitte 2006 zu schließen und die Koordination der Parteiarbeit auf
1698 die fünf Regionalgeschäftsstellen zu konzentrieren. Trotz langfristiger Vorbereitung
1699 dieses Beschlusses und der Einbeziehung mehrerer Kreisvorsitzender in die Erarbeitung
1700 des Konzeptes kam es infolge des Landesparteitages in den Kreisverbänden zu teil-
1701 weise kontroversen Diskussionen. Dennoch wurde der Beschluss des Parteitages
1702 umgesetzt und die Geschäftsstellen in den Kreisverbänden geschlossen. Wie beab-
1703 sichtigt wurde mit dieser Entscheidung eine spürbare finanzielle Entlastung der Kreis-
1704 verbände erreicht. Dennoch ist die finanzielle Situation des Landesverbandes insge-
1705 samt nach wie vor gespannt und wird sowohl vom zukünftigen Landesvorstand als
1706 auch von den Kreisverbänden weitere Konsolidierungsmaßnahmen erfordern.

1707 In Vorbereitung der Kommunalwahlen und der damit verbundenen Gebietsverände-
1708 rungen gründeten sich die neuen Kreisverbände der Linkspartei in den jeweiligen
1709 Territorien. Dies erforderte gleichzeitig eine Entscheidung des Landesvorstandes
1710 bezüglich des Neuzuschnittes der Regionen des Landesverbandes.

1711 Darüber hinaus kam es in den vergangenen zwei Jahren zu Veränderungen in der
1712 hauptamtlichen Personalstruktur des Landesverbandes. Zwei MitarbeiterInnen gingen
1713 aufgrund der abgeschlossenen Altersteilzeitverträge in ihre Freizeitphase. Mit einem
1714 weiteren Mitarbeiter wurde Ende 2006 auf dessen eigenen Wunsch das Arbeitsver-
1715 hältnis beendet. Die Entwicklung der Personalstruktur wird vom neu zu wählenden
1716 Landesvorstand weitere Entscheidungen abfordern, da in den kommenden Jahren
1717 wiederum MitarbeiterInnen in die Altersteilzeit gehen werden.

1718 Der Landesvorstand beschloss nach Beratungen sowohl mit den Kreisvorsitzenden als
1719 auch im Landesfinanzrat die Rechenschaftsberichte für die Jahre 2005 und 2006
1720 sowie die Jahresfinanzpläne für 2006 und 2007.

1721

1722

III. Politisch-konzeptionelle Arbeit / Kampagnen

1723 Trotz des erheblichen organisatorischen und logistischen Arbeitsaufwandes im Zusam-
1724 menhang mit den Wahlkämpfen und dem Parteibildungsprozess hat sich der Landes-
1725 vorstand ausführlich mit inhaltlichen Fragen befasst und landesweite Kampagnen
1726 unterstützt.

1727 Ein wichtiger Punkt in der zweijährigen Arbeit des Vorstandes war das Thema Rechts-
1728 extremismus und Gegenstrategien. Bereits am 18. Oktober 2005 wurde durch ein-

1729 stimmigen Beschluss eine Arbeitsgruppe „Rechtsextremismus“ beim Landesvorstand
1730 gebildet.

1731 Zum einen haben mehrere Mitglieder dieser Arbeitsgruppe den Erarbeitungsprozess
1732 des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus der Landtagsfraktion mit begleitet.
1733 Zum anderen hatte die Arbeitsgruppe u.a. den Auftrag, dem Landesvorstand konzep-
1734 tionelle Vorschläge zum Umgang mit rechtsextremen Akteuren und Parteien in Vorbe-
1735 reitung der Kommunalwahl 2007 vorzulegen. Wichtigstes Ergebnis dieser Vorarbeit
1736 war die Durchführung von vier regionalen Schulungen für unsere Kandidatinnen und
1737 Kandidaten zur Kommunalwahl. Diese Schulungen fanden im Zeitraum vom 2. bis 22.
1738 März 2007 in Naumburg, Dessau, Magdeburg und Quedlinburg statt. Die Resonanz auf
1739 diese Veranstaltungen hat den Landesvorstand in der Überzeugung bestärkt, auf
1740 diesem Weg weiterzumachen.

1741 Der Landesvorstand hat versucht, sich nach Kräften in die bundesweite Mindestlohn-
1742 kampagne von Linkspartei und WASG einzubringen. Dies geschah in enger Abstim-
1743 mung mit der Landtagsfraktion. Mehrere Mitglieder des Landesvorstandes bzw.
1744 MitarbeiterInnen des Landesverbandes waren und sind aktive MitstreiterInnen im
1745 „Bündnis Mindestlohn“ in Sachsen-Anhalt. Der Landesvorstand wertet das Zustande-
1746 kommen dieses landesweiten Bündnisses als großen Erfolg. Darüber hinaus gab es
1747 zahlreiche, von den Kreisverbänden vor Ort organisierte Aktionen im Rahmen der
1748 Mindestlohnkampagne. Insgesamt kann nach Ansicht des Landesvorstandes einge-
1749 schätzt werden, dass diese Aktivitäten das Profil der LINKEN in Sachsen-Anhalt
1750 deutlich geschärft haben. Hervorzuheben ist, dass es auch bei dieser Mindestlohn-
1751 kampagne, genau wie in den landesweiten Wahlkämpfen, ein erfolgreiches Mitein-
1752 ander der Mitglieder von Linkspartei und WASG gegeben hat. Nicht zuletzt diese
1753 gemeinsamen Aktionen haben das Zusammenwachsen beider Parteien nachhaltig
1754 befördert.

1755 Der Landesvorstand hat sich mehrmals durch FachpolitikerInnen zu konzeptionellen
1756 Vorschlägen der Landtagsfraktion berichten lassen. Dazu gehörten u. a. der Entwurf
1757 eines Schulreformgesetzes, der Entwurf eines Kinderbetreuungs- und -bildungs-
1758 gesetzes, der Entwurf eines Seniorenvertretungsgesetzes sowie Vorschläge zu den
1759 Themen Wirtschaftsförderung und Raumentwicklung/ Landesentwicklungsplan.
1760 Fortgesetzt wurde die bereits in der vorigen Wahlperiode begonnene Diskussion zu
1761 unserem Umgang mit den Entwicklungen im Bereich der Gentechnik/ Biotechnologie.

1762 Selbstverständlich spielten auch die friedenspolitischen Positionen unserer Partei in
1763 den vergangenen zwei Jahren eine wichtige Rolle. Der Landesvorstand unterstützte die
1764 Ostermärsche in Sachsen-Anhalt in den Jahren 2006 und 2007. Weiterhin fand am 3.
1765 April 2007 eine ausführliche Diskussion zur militärischen Nutzung des Flughafens
1766 Halle-Leipzig im Landesvorstand statt.

1767 Unterstützend begleitet wurden die spürbaren Fortschritte bei der Jugendarbeit im
1768 Landesverband. Der Landesvorstand schätzt die erreichte engere Abstimmung der

1769 verschiedenen Jugendgruppen in Sachsen-Anhalt untereinander sowie die bevor-
1770 stehende Bildung des Jugendverbandes der Partei in Sachsen-Anhalt als äußerst
1771 positiv und vielversprechend ein.

1772 Die Mitglieder unseres Landesverbandes hatten in den vergangenen zwei Jahren ein
1773 erhebliches Arbeitspensum zu absolvieren. Der Landesvorstand bedankt sich aus-
1774 drücklich bei allen, die mit hohem Engagement dazu beigetragen haben, dass wir
1775 erfolgreich aus drei landesweiten Wahlen hervorgegangen sind, den Parteibildungs-
1776 prozess zielführend gestaltet haben und dass unsere Partei seit 2005 in Sachsen-
1777 Anhalt weiter Profil gewinnen konnte.

1778
1779
1780
1781
1782
1783
1784
1785
1786
1787
1788
1789
1790
1791
1792
1793
1794
1795
1796
1797
1798
1799
1800
1801
1802
1803
1804
1805
1806
1807
1808
1809
1810
1811

1812 DIE LINKE. Sachsen-Anhalt
1813 Landesschiedskommission
1814

1815

Bericht der Landesschiedskommission

1816

1817

1818

an den

1819

1. Landesparteitag der Partei DIE LINKE. Landesverband Sachsen-Anhalt
vom 14. bis 16. September 2007 in Magdeburg

1820

1821

1822

1823 Die Landesschiedskommission wurde auf der 1. Tagung des 9. Landesparteitages
1824 gewählt und hat in der Zusammensetzung

1825

Genossin Helga Poost

1826

Genossin Christine Paschke

1827

Genosse Dietrich Altmann

1828

Genosse Wolf-Rüdiger Gerboth

1829

ihre Arbeit ausgeführt.

1830

1831 Alle Mitglieder der Landesschiedskommission haben sich in der vergangenen Wahl-
1832 periode in unterschiedlicher Weise in ihren jeweiligen Basisorganisationen und Vor-
1833 ständen in aktuelle Aufgaben des Landesverbandes und der jeweiligen Kreisverbände
1834 eingebracht.

1835

1836 Eine wichtige Aufgabe – auch auf dem speziellen Gebiet der Schiedskommissions-
1837 arbeit – bildete die Vorbereitung des Zusammenschlusses von PDS und WASG. Damit
1838 war die Möglichkeit gegeben, eine neue Qualität – auch in der Gestaltung der Bundes-
1839 schiedsordnung – zu erlangen. Durch entsprechende Zuarbeit im November 2006
1840 haben wir unsere Vorschläge hinsichtlich der Gestaltung der neuen Schiedsordnung
1841 eingebracht.

1842

1843 Selbst unzufrieden sind wir mit dem bereits im letzten Tätigkeitsbericht an die 1. Ta-
1844 gung des 9. Landesparteitages erwähnten Antrag des Kreisverbandes Burgenlandkreis
1845 auf Durchführung eines Parteiausschlussverfahrens.

1846

Die Landesschiedskommission hat zunächst mehrfach versucht, auf dem Wege der
1847 Schlichtung die unterschiedlichen Positionen der Beteiligten wieder in eine Richtung
1848 zu bringen.

1849

Sachlich haben wir darüber hinaus Dr. Uwe-Volkmar Köck um Unterstützung gebeten.

1850

Leider hat es jedoch aus der Richtung des Kreisvorstandes Burgenlandkreis keine ein-
1851 deutigen Positionen gegeben und wir haben deshalb den Antrag nicht weiter verfolgt.

1852

Erst ein Brief des enttäuschten Antragsgegners vom 11. April 2007 an den Landesvor-
1853 stand hat die Landesschiedskommission dazu bewogen, eine formelle Entscheidung in

1854

der Sache zu fällen. Dem Antrag auf Ausschluss wurde nicht stattgegeben.

1855 Das ist das erste Mal seit über 10 Jahren unserer Tätigkeit, dass wir ein Anliegen über
1856 einen so langen Zeitraum – trotz mehrfacher zwischenzeitlicher Bitten an den Kreisvor-
1857 stand Burgenlandkreis – nicht konsequent genug verfolgt haben. Wir möchten uns
1858 deshalb bei dem betroffenen Genossen für unser Verhalten entschuldigen.

1859

1860 Weitere Anträge an die Landesschiedskommission gab es in der letzten Wahlperiode
1861 nicht.

1862

1863

1864

1865

1866 Dietrich Altmann

1867 Vorsitzender der Landesschiedskommission

1868

1869

1870

1871

1872

1873

1874

1875

1876

1877

1878

1879

1880

1881

1882

1883

1884

1885

1886

1887

1888

1889

1890

1891

1892

1893

1894

1895

1896

1897

1898

1899

1900 DIE LINKE. Sachsen-Anhalt
1901 Landesfinanzrevisionskommission
1902
1903
1904

Bericht der Landesfinanzrevisionskommission

1905
1906
1907

an den

1908 1. Landesparteitag der Partei DIE LINKE. Landesverband Sachsen-Anhalt
1909 vom 14. bis 16. September 2007 in Magdeburg
1910
1911
1912
1913
1914

1915 Auf der 1. Tagung des 9. Landesparteitages am 18./19. Juni 2005 wurden die
1916 Mitglieder Karin Müller, Ingrid Giesel, Udo Riedel in ihrer Funktion bestätigt.
1917 Seit 2006 ist durch Genossen Eberhard Balzer unsere Kommission gestärkt.
1918

1919 1. Schwerpunkte der geleisteten Arbeit

1920 6 Revisionen in der Landesgeschäftsstelle (2006 und bis 27.06.2007). Bis
1921 zum 21.03.2007 wurden die Kassen- und Bankbelege aller Kreisverbände
1922 bis auf Ohrekreis (jetzt Börde), Stendal und Wittenberg überprüft. Am
1923 23.05. und 27.06.2007 wurden die Kreisverbände Burgenlandkreis,
1924 Mansfeld-Südharz, Wittenberg und der Stadtverband Dessau-Roßlau
1925 geprüft. Zusätzlich erfolgte in Dessau eine Beratung mit Schwerpunkt
1926 Oberbürgermeister-Wahlkampf.

1927 Die Bewertung des Umganges mit den Beiträgen und Spenden unserer
1928 Mitglieder erfolgt nach dem

- 1929 ■ Grundsatz der Wahrheit – Vertrauen in unsere Genossen
- 1930 ■ Grundsatz der Vollständigkeit – Unterschriften
- 1931 ■ Grundsatz der Klarheit – Angaben zu Verwendungszweck,
1932 Empfänger
- 1933 ■ Grundsatz der Vorsicht – Sicherheit, insbesondere in Umgang
1934 mit Bargeld
- 1935 ■ Grundsatz der Sparsamkeit – Einhaltung der Finanzpläne.
1936

1937 Die Revisionen ergaben, dass vor allem die Grundsätze der Vollständigkeit und
1938 Klarheit sehr nachlässig gehandhabt werden, in einem Fall auch der Grundsatz
1939 der Sicherheit.

1940 Gründe für dieses Handeln sehen wir in Unkenntnis, Zeitmangel, Überfor-
1941 derung und Organisationsschwächen.

1942 Der Grundsatz der Sparsamkeit – siehe Jahresberichte einschließlich
1943 Wahlkampf.
1944
1945

1946 2. Schlussfolgerungen
1947 Wir Mitglieder der LFRK stehen für die weitere Mitarbeit zur Verfügung.
1948 Auch wir müssen unsere Arbeit verbessern. Dazu zählt die Information an
1949 die geprüften Kreisverbände, die Zusammenarbeit mit den Kreisfinanz-
1950 revisionskommissionen unter Beachtung des Grundsatzes der Sparsamkeit
1951 hinsichtlich Fahrkosten und Zeitaufwand.
1952
1953 Die Zusammenarbeit mit den MitarbeiterInnen des Landesvorstandes werten wir
1954 auch in der Wahlperiode sehr positiv.
1955
1956
1957
1958
1959 Karin Müller
1960 Vorsitzende der LFRK
1961
1962
1963
1964
1965
1966
1967
1968
1969
1970
1971
1972
1973
1974
1975
1976
1977
1978
1979
1980
1981
1982
1983
1984
1985
1986
1987
1988
1989
1990

1991 DIE LINKE. Sachsen-Anhalt
1992 Landesparteirat
1993

1994

1995

Bericht des Landesparteirates

1996

1997

an den

1998

1. Landesparteitag der Partei DIE LINKE. Landesverband Sachsen-Anhalt

1999

vom 14. bis 16. September 2007 in Magdeburg

2000

2001

2002

2003

Der Bericht bezieht sich auf den Zeitraum ab Juni 2005 und versucht einige Problem-

2004

lagen darzustellen, deren Lösung von der neuen Partei DIE LINKE als Herausforderung

2005

zu begreifen ist.

2006

2007

Arbeitsfähigkeit

2008

Der Landesparteirat (LPR) hat auf der Grundlage seiner Arbeitsordnung und auf der

2009

Grundlage der Satzung des PDS-Landesverbandes Sachsen-Anhalt / (ab 19.07.05)

2010

"Die Linkspartei.PDS Landesverband Sachsen-Anhalt" seine Handlungsfähigkeit

2011

stabilisieren können. Allerdings gab es erhebliche Schwierigkeiten zu Beginn der

2012

Wahlperiode 2006/2007, da die angeforderten Nachweise über die erforderliche

2013

Neuwahl der LPR-Vertreter nur aus zwei Kreisverbänden termingerecht eingegangen

2014

waren. Mit der erneuten Neuwahl von LPR-Mitgliedern infolge der veränderten Kreis-

2015

verbandsstruktur hat sich die Anzahl der stimmberechtigten LPR-Mitglieder von vorher

2016

36 möglichen auf 25 reduziert.

2017

Erst seit der gesetzten Perspektive, dass das Gremium LPR als Auslaufmodell zugun-

2018

sten eines künftigen Landesausschuss gilt, ist die Teilnehmerzahl an Beratungen rück-

2019

läufig. Seit März 2007 war die Beschlussfähigkeit bei Beratungen mehrfach nicht

2020

gegeben, so dass notwendige Beschlussfassungen so zum Beispiel auch zum Einbe-

2021

berufungsbeschluss des Landesvorstandes für diese 1. Tagung des 1. Landesparteitages

2022

erst durch nachträgliche Stimmeneinholung über eine Fernabstimmung möglich

2023

wurden.

2024

Eine beabsichtigte Zusammenarbeit mit anderen Landesparteiräten ist nicht ent-

2025

standen. Vom und zum Bundesparteirat konnte der Informationsfluss durch Personal-

2026

union von LPR-Mitgliedern als Bundesparteiratsmitglieder deutlich verbessert werden.

2027

2028

Arbeitsinhalte

2029

Mit insgesamt 14 Beratungsterminen wurden folgende Schwerpunktthemen

2030

behandelt:

2031

Neben der Befassung mit Vor- und Nachbereitungen von Landes- und Bundespartei-

2032

tagen wurde die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Wahlkämpfe zur

2033

Bundestagswahl, zur Landtagswahl und zu Kommunalwahlen aktiv begleitet. Das

2034 Zusammentragen von Basisstimmungen und die Multiplikatorwirkung der LPR-Mit-
2035 glieder beim Informationsaustausch konnten dazu beitragen, informelle Rückkopp-
2036 lungen zu verstärken. Im Rahmen der Bestätigung von Finanzplänen und Jahresab-
2037 schlüssen unterstützte der LPR das bisher erfolgreiche Streben nach Kompensation
2038 von mit dem Mitgliederschwund einhergehenden Beitragseinnahmeverlusten.
2039 Rechtzeitig veranlasste notwendige Maßnahmen zur vorbeugenden Ausgaben senkung
2040 wurden stets mit getragen. Ausgehend von im Landesverband erarbeiteten Erkennt-
2041 nissen zur Parteireform befasste sich der LPR mit Fragen der Öffentlichkeitsarbeit, mit
2042 der Außenwirkung der neu gewählten Bundestags- und Landtagsfraktion und deren
2043 Zusammenarbeit mit kommunalen Mandatsträgern, mit Erfahrungen aus Regionalver-
2044 bandsbildungen, mit Problemen der erfolgten Geschäftsstellenreduzierungen, mit der
2045 Jugend- und SeniorInnenarbeit, mit der Mitgliedergewinnung, der Mitgliederentwick-
2046 lung und dem Mitgliederleben sowie mit der eigenen Arbeitsweise. Mehrfach, auch
2047 gemeinsam mit Gästen der WASG, wurden Probleme und Aufgaben zur gemeinsamen
2048 Vorbereitung der Bildung der neuen Partei DIE LINKE erörtert.
2049 Ausführlich und kritisch befasste sich der LPR mit Vorschlägen der Statutenkommis-
2050 sion zur Statutenänderung und infolge mit den Entwürfen der Gründungsdokumente
2051 für die neue Partei DIE LINKE.
2052 Weitere Details zu auch kontroversen Diskussionen, zu Beschlussfassungen und zu
2053 Empfehlungen des LPR können bei Bedarf den in der Landesgeschäftsstelle
2054 digitalisiert vorliegenden Beratungsprotokollen entnommen werden. Leider ist es
2055 bisher nicht gelungen, diese auch online auf der Webseite des Landesverbandes
2056 verfügbar zu machen.

2057

2058 **Feststellungen, Schlussfolgerungen oder**

2059 **Was wir der neuen Partei mit auf den Weg geben wollen:**

2060 Bei unterschiedlicher Ausprägung haben wir immer wieder festgestellt, dass unsere
2061 Ansprüche an erfolgsorientiertes Agieren unserer Partei steigen, aber unsere Fähigkeit
2062 zur Mobilisierung von Bürgern und auch zur Aktivierung unserer Mitglieder zu wün-
2063 schen übrig lässt. Bei aller Wertschätzung bisheriger Erfolge zeigen flächendeckend
2064 sinkende Wahlbeteiligungen mit absoluten Stimmenverlusten am deutlichsten, dass
2065 man auch unserer Partei ein unzureichendes Vertrauen zur erfolgsversprechenden
2066 Lösung anstehender gesellschaftlicher Probleme entgegenbringt.
2067 Wer wie wir mehr Demokratie einfordert, sollte diese auch beispielhaft vorleben.
2068 Selbst wenn manches dadurch aufwändiger wird, sollte DIE LINKE auf allen Ebenen
2069 mehr direkte Mitgliederdemokratie statt indirekte Vertreterdemokratie üben. Das
2070 erfordert einerseits notwendiges Vertrauen in Entscheidungskompetenz und
2071 andererseits mehr Aufklärungsarbeit um diese zu vermitteln.
2072 Innerparteiliche Offenheit, Ehrlichkeit und Verlässlichkeit, sowie eine ergebnisorien-
2073 tierte Streitkultur, die Vorurteile unterdrückt und auf Diffamierung Andersdenkender
2074 verzichtet, tragen dazu bei, die Ausstrahlungskraft der Partei weiter zu verbessern.
2075 Wir müssen uns nachhaltige Erfolge seriös erarbeiten damit sie zunehmend weniger
2076 auf ungeschicktem Agieren unserer politischen Konkurrenten beruhen. Dabei sollten
2077 wir nicht nur das Tagesgeschäft verfolgen sondern auch effiziente Formen der öffent-
2078 lichen Auseinandersetzung mit Visionen und Lösungsansätzen suchen und

2079 praktizieren, welche die Idee des demokratischen Sozialismus deutlicher als
2080 erstrebenswerte Alternative zu den gegenwärtigen problembehafteten gesellschaft-
2081 lichen Entwicklungen erkennbar werden lassen.
2082 Die vorhandene Reformbereitschaft der Gesellschaft ergibt sich aus einem komplexen
2083 Problembewusstsein, welches es realitätsnah zu beschreiben und zu schärfen gilt. Die
2084 sich daraus in Verbindung mit unseren Zielvorstellungen ergebenden, bereits erarbei-
2085 teten und weiter zu entwickelnden Lösungsansätze müssen in größerer Breite qualifi-
2086 ziert und überzeugend kommuniziert werden. Das setzt jedoch eine umfassendere
2087 innerparteiliche politische Bildungsarbeit voraus.
2088 Die neu strukturierten Kreisverbände, der neu entstandene Jugendverband Die
2089 Linksjugend [‘solid] und nicht zuletzt die Bildung der neuen Partei DIE LINKE weckten
2090 Erwartungshaltungen an uns, die wir nicht enttäuschen dürfen. Durch zunehmende
2091 gesellschaftliche Akzeptanz konnte unsere Partei bereits viele Vorschläge als Themen
2092 in der öffentlichen Diskussion platzieren. Lasst uns daran gehen, DIE LINKE zu einer
2093 Partei zu entwickeln, die mit Inhalten und Arbeitsweisen auf zunehmendes Interesse
2094 bei Jung und Alt stößt, die lebendig und bürgernah mit Erfolg um gesellschaftliche
2095 Mehrheiten für die Ideen des demokratischen Sozialismus wirbt.

2096

2097

2098

2099

2100 Günter Herder und Eva Strube

2101 SprecherInnen des LPR

2102

2103

2104

2105

2106

2107

2108